

# Freisinn FDP

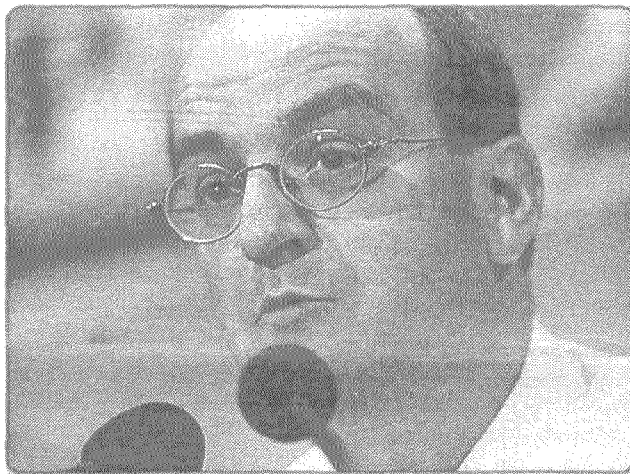
AZB  
3001 Bern

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00  
FDP im Internet: www.http://www.fdp.ch  
E-Mail: gs@fdp-prd.ch  
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz AG (Feldmeilen)

FDP SCHWEIZ IN ZUG  Sozialpolitische Positionen

## Wege zur Rettung der Sozialwerke

Die FDP Schweiz hat an ihrer ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 15./16. August 1997 in Zug die freisinnigen Reformpositionen im Bereich der Sozialpolitik abgesteckt. FDP-Parteipräsident Franz Steinegger teilte der Partei mit, dass er bis ins Jahr 2000 Präsident bleiben will. Die Delegierten fassten die Ja-Parole zum Bundesbeschluss über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung (ALV) und die Nein-Parole zur Volksinitiative «Jugend ohne Drogen».



Der Glarner FDP-Ständerat Fritz Schiesser präsentierte an der Delegiertenversammlung die FDP-Reformvorschläge im Bereich der Sozialversicherungen. (Photo rutli)

**GUIDO SCHOMMER,  
PRESSECHIEF FDP  
DER SCHWEIZ**

Die finanzielle Lage vieler unserer Sozialwerke präsentiert sich in einem lamentablen Zustand. Das Scheitern des Schweizer Sozialsystems ist aber unbedingt zu vermeiden. Diese Ausgangslage bedeutet für die FDP, dass sie sich mit aller Kraft für die Rettung der Sozialwerke einsetzen muss. Das heisst auch: Kein weiterer Ausbau der Sozialwerke oder gar neue sogenannte

«Lückenschliessungen» im sozialen Netz, sondern Umbau zur Sicherung des Bestehenden. FDP-Ständerat Fritz Schiesser präsentierte die FDP-Postulate zur Sozialpolitik, die in einer anschliessenden Runde diskutiert wurden.

In seiner Eröffnungsrede nahm auch FDP-Parteipräsident Franz Steinegger Stellung zur Sozialpolitik (s. auch Seite 5/6) und wies auf die freisinnigen Wurzeln der AHV hin. Bundesrat Kaspar Villiger rief die Freisinnigen zu mehr Einigkeit auf und forderte sie auf, wieder «ein verschworenes Team» zu bilden.

### Keine Chance für «Jugend ohne Drogen»

Die Initiative mit dem verführerischen Titel «Jugend

ohne Drogen» hatte bei den Delegierten keine Chance. Nach einer Diskussionsrunde mit den beiden FDP-Nationalräten Yves Christen (VD) und Marc Suter (BE) auf der Contra- und den beiden SVP-Nationalräten Hans Fehr (ZH) und Walter Schmied (BE) sowie Ernst Aeschbach (VPM) auf der Pro-Seite wurde das Verdikt mit 178 zu 21 Stimmen klar und deutlich gefällt. Diese Parole gilt es nun mit aller Kraft in die Stimmbevölkerung hinauszutragen, um die repressive Initiative zu Fall zu bringen.


### Delegiertenrat: Ja zur ALV

Der Delegiertenrat am Vortag beschäftigte sich mit dem Bundesbeschluss über die Finanzierung der Ar-

**FDP SCHWEIZ**

### Inhalt

- Die Rede von Parteipräsident Franz Steinegger zur Sozialpolitik finden Sie ab Seite **5**
- Die FDP-Thesen zur Sozialpolitik lesen Sie auf Seite **7**
- Überlegungen von Ständerätin Christine Beerli zur Ablehnung von «Jugend ohne Drogen» auf Seite **10**
- Die Gewinner des «Freisinn»-Wettbewerbs auf Seite **17**



beitslosenversicherung. Biga-Direktor Jean-Luc Nordmann machte den Delegierten klar, dass es sich dabei um eine Teilmassnahme aus dem Sparpaket zur Entlastung der Bundeskasse handelt. 200 bis 300 Millionen Franken jährlich wird der Bund aufgrund dieses Entscheides einsparen können. Leistungskorrekturen erfolgen nur in sozial verträglichem Ausmass. Mit 39 zu 1 Stimme

resultierte hier eine überaus klare Ja-Parole. FDP-Nationalrätin Trix Heberlein (ZH) präsentierte das Papier «Massnahmen der FDP zur Kostendämpfung im Bereich der Krankenversicherung», welches ebenfalls die Zustimmung der Delegierten fand.

## Parolen

Die FDP Schweiz hat für den 28. September 1997 folgende Abstimmungsparolen beschlossen:

Volksinitiative  
«Jugend ohne Drogen»

**NEIN**

Bundesbeschluss  
über die Finanzierung  
der Arbeitslosenversicherung

**JA**

SCHWEIZERISCHE  
LANDESBIBLIOTHEK  
HALMWYLSTRASSE 15  
3003 BERN  
61-84700011  
228

BERUFSLEHREN ◊ Neuorientierung

# Bildungslandschaft im Aufbruch

**Das duale Bildungssystem der Schweiz befindet sich in einer kritischen Phase. Dies kommt durch den Rückgang des Lehrstellenangebotes und in einem Ansteigen der Jugendarbeitslosigkeit zum Ausdruck. So hat der Gesamtbestand an Lehrstellen von 1985 bis 1994 um fast 10 Prozent von 187 136 auf 169 639 abgenommen. Im März 1997 waren rund 37 000 Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren arbeitslos.**

FDP-NATIONALRAT  
JOHANNES R. RANDEGGER,  
BETTINGEN (BS)



Für junge Menschen ist Arbeitslosigkeit ein Fehlstart in die Zukunft, der sehr negative Auswirkungen haben kann. Junge Menschen in dieser Situation können kaum Zukunftspläne machen, da ihnen in diesen, für ihre Persönlichkeitsbildung wichtigen Jahren eine motivierende berufliche Perspektive fehlt.

## Berufswahl als Prestigefrage

Einerseits führt der gesellschaftliche Wandel dazu, dass die Berufswahl immer mehr mit Prestigefragen verbunden wird. Es wird zunehmend die Meinung vertreten, dass eine akademische Bildung einen grösseren Berufserfolg, bessere Karrieremöglichkeiten, ein höheres Einkommen und damit grössere Zufriedenheit schaffe.

Ausserdem beeinflusst der Ruf der Lehrlingsausbildung am Ende der Schulzeit die Berufswahl massgeblich. Je mehr von abnehmender Leistungsfähigkeit vieler Berufsschüler gesprochen wird und je enger sich die Ausbildung im Betrieb an unmittelbar brauchbaren

Tätigkeiten orientiert, desto weniger attraktiv werden die Berufslehren. Es braucht vermehrt wieder Mischarbeitsplätze mit grösserem Raum für Selbstgestaltung.

## Langsame Wirtschaftsverbände

Zudem verschwinden herkömmliche Berufe, und neue Berufe entstehen aufgrund des raschen technologischen Fortschritts. Abgesehen von wenigen Ausnahmen reagieren die Wirtschaftsverbände und das Bildungswesen jedoch zu wenig rasch, um das Verschwinden von Lehrstellen in bedeutungslos gewordenen Berufen mit neuen Berufen aufzufangen.

Lehrstellenverluste stehen auch im Zusammenhang mit der in der Schweiz immer noch laufenden Kostenexplosion. Die Betriebe reagieren hier oft mit Rationalisierungen – auch im Bereich der Lehrstellen. Ich halte dies insbesondere dann für problematisch, wenn der Lehrstellenabbau aus reinen Kostenüberlegungen und nicht aus strukturpolitischen Gründen durchgeführt wird.

Besonders gefordert ist die Wirtschaft speziell auch bei der Bereitstellung von Arbeitsplätzen mit anspruchsloseren Tätigkeiten, die auf weniger Lernfähige ausgerichtet sind.

## Verbessertes Schulsystem dringend notwendig

Um den neuen Anforderungen gerecht werden zu können, verlangt dies in vielen Fällen eine Berufsbildungsreform. Im internationalen Vergleich gehört das schweizerische Bildungssystem zu den teuersten, aber bezüglich Ausbildungsqualität nicht mehr zu den besten. Eine zielorientierte Effizienzsteigerung, welche die Qualität des Schweizer Schulsystems nachhaltig verbessert, ist daher dringend notwendig.

Hierbei erachte ich die Berufsbildung und die gymnasiale Ausbildung als gleichwertige Ausbildungswege. Die quantitative Verteilung der Schüler auf diese beiden Ausbildungswege muss sich an den Fähigkeiten und am Bedarf der zukünftigen Wirtschaft orientieren. Ein Heer von arbeitslosen Hochschulabsolventen ist volkswirtschaftlicher Unsinn. Die in letzter Zeit erfolgte verstärkte Abwanderung in die gymnasiale Ausbildung ist durch eine massive Steigerung der Attraktivität der Berufsausbildung zu stoppen.

## Neuorientierung der Berufslehren

Eine Neuorientierung der Berufslehren ist bereits angelaufen. Der Arbeitgeberverband der schweizerischen Metallindustrie beispielsweise schlägt eine Straffung der über 70 Lehrberufe in der Branche auf 10 Basisberufe vor. Auch der Bundesrat hat sich der Angelegenheit angenommen und einen Berufsbildungsbericht vorgelegt. Dieser wurde von der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur und

vom Nationalrat als eine wertvolle Standortbestimmung betrachtet.

## Bildungslandschaft im Aufbruch

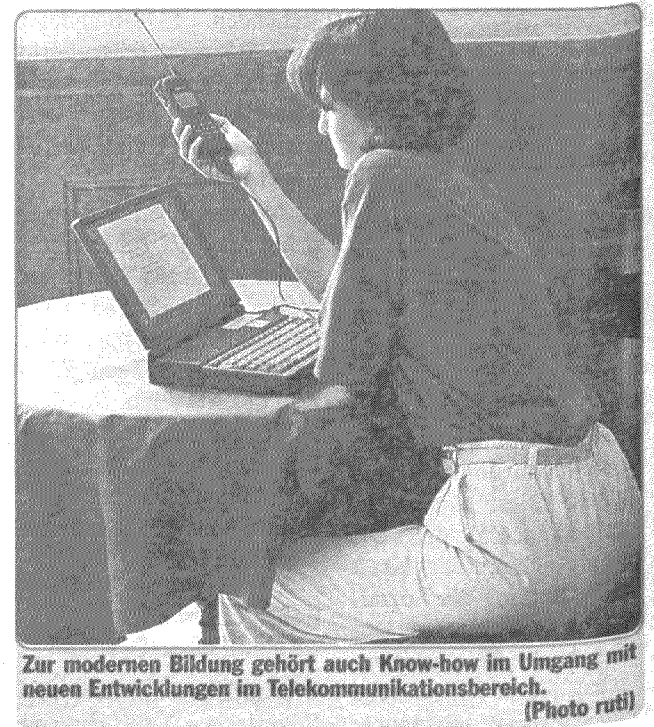
Berücksichtigen wir zudem den angelaufenen Prozess der Schaffung von 10 Fachhochschulen, die im Vergleich zu den Hochschulen eine gleichwertige, aber praxisorientierte Ausbildung anbieten werden, dann stellen wir einen Aufbruch in der Schweizer Bildungslandschaft fest.

Es geht also nicht darum, möglichst viele Hochschulabsolventen hervorzubringen, sondern eine qualitativ hochstehende, den Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechende Ausbildung zu gewährleisten. Dies soll durch die bereits angesprochene Förderung des dualen Systems und durch die Kombination von Technik-, Wirtschafts- und Gestaltungsschulen erreicht werden. Diese Konstellation wird wertvolle Mög-

lichkeiten für den interdisziplinären Austausch eröffnen. Neben einer straffen Grundausbildung haben die Fachhochschulen den Auftrag, sich als Kompetenzzentren einen Namen zu schaffen und Weiterbildungsprogramme im Rahmen ihrer speziellen Kompetenzen anzubieten. Im Einklang damit steht die Forderung nach Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten im Anwendungsbereich.

## Vorteile auch für KMU

Bei einer Erfüllung dieser Vorgaben ist mit einer nachhaltigen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft zu rechnen. Insbesondere werden kleine und mittlere Unternehmen vom Wissens- und Know-how-Transfer profitieren, und die Anzahl von jungen Leuten, die ihre eigene Unternehmung gründen, wird sehr deutlich steigen.



Zur modernen Bildung gehört auch Know-how im Umgang mit neuen Entwicklungen im Telekommunikationsbereich. (Photo ruti)

IM GESPRÄCHT  Beat Brechbühl, Gümligen

# «Carpe diem»

## WELCHES IST IHR LEBENS-MOTTO?

Wo ein Wille ist, ist ein Weg.

## WENN SIE IN DIE ZUKUNFT BLICKEN, WORAUF GRÜNDET SICH IHRE GRÖSSTE HOFFUNG?

Auf den technischen Fortschritt und die Vernunft des Menschen.

## WAS BEREITET IHNEN DIE GRÖSSTE SORGE?

Arbeitslosigkeit und rückwärtsgerichtete Igelmentalität eines Teils der Schweizerinnen und Schweizer.

## WELCHE ERFINDUNG DER MENSCHHEIT HALTEN SIE FÜR DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR DIE ENTBEHRLICHSTE?

Das Rad und die Nutzung der elektrischen Energie.

Keine Erfindung ist an sich überflüssig, wohl aber deren Verwendung.

## KURZBIOGRAPHIE

**ZUR PERSON:** Beat Brechbühl, ledig, wohnhaft in Gümligen.

**ALTER:** 28-jährig.

**BERUFLICHE STATIONEN:** Fürsprecher-Examen Ende 1995, anschliessend Assistent am Institut für Wirtschaftsrecht, ab 1996/97 Rechtskonsulent bei Novartis Nutrition Inc.; ab 1.9.97 LL.M. an der Chicago Law School, Herbst 1997: Promotion zum Dr. iur.; nach Rückkehr in die Schweiz: Einstieg in die Advokatur.

**POLITISCHER WERDEGANG:** 1986–89: Gründungspräsident Jungfreisinn Muri-Gümligen. 1989–92: Präsident JF Kanton Bern. 1989–92: Mitglied Parlament von Muri (GGR). 1992–97: Gemeinderat von Muri, Ressort Öffentliche Sicherheit. Seit 1996: Vizepräsident FDP Kanton Bern.

**LIEBSTE TÄTIGKEIT:** Feste feiern, Tennis spielen, Ski fahren und lesen.

## WAS SOLLTE UNBEDINGT NOCH ERFUNDEN WERDEN?

Warum nicht eine Zeitmaschine?

## WAS LIEBEN SIE AN DER SCHWEIZ?

Die Landschaft, die grossen Skigebiete und (im Sommer) das Aarebad in Muri.

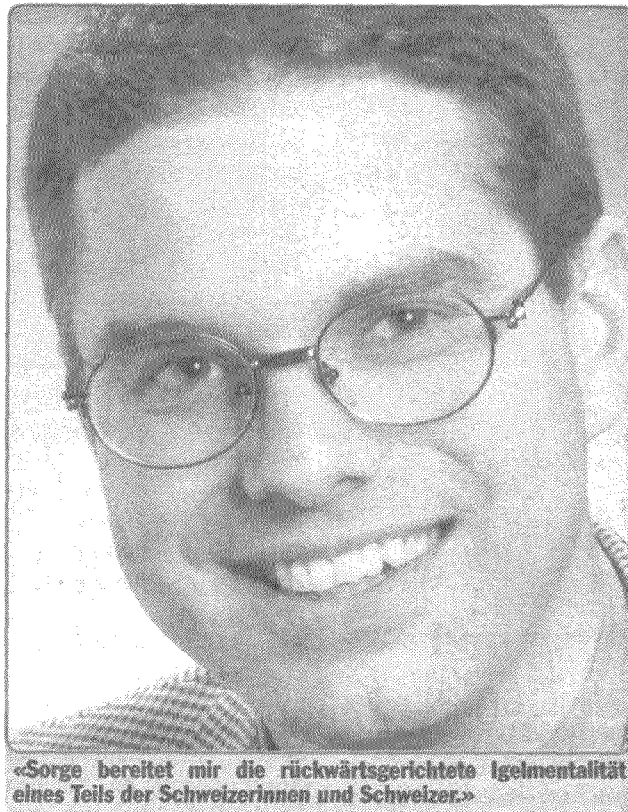
## WAS MISSFÄLLT IHNEN IN UNSEREM LAND?

Die Trägheit unseres politischen Systems und vieler Repräsentanten, fehlende Risikobereitschaft, Missgunst und wenig Lebensfreude.

## WOHIN FÜHRT EUROPAS ZUKUNFT?

Ich hoffe, dass Europa (mit der Schweiz) weiter zusammenwächst, ohne aber die regionalen Unterschiede zu missachten (mehr Subsidiarität).

## «MEHRHEITEN ZEMENTIEREN DAS BESTEHENDE, FORTSCHRITT IST NUR ÜBER DIE



«Sorge bereitet mir die rückwärtsgerichtete Igelmentalität eines Teils der Schweizerinnen und Schweizer.»

## MINDERHEITEN MÖGLICH.» TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?

Das trifft zu; Machterhaltungsdenken verhindert Innovation und Kreativität.

## GESETZT, ES GÄBE EINEN NOBELPREIS FÜR POLITIKER, WEM WÜRDEN SIE IHN VERLEIHEN?

Ronald Reagan, weil er seinem Land Selbstvertrauen zurückgab und eine der grössten Liberalisierungsinitiativen in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte lancierte.

## WODURCH KANN EINE POLITIKERIN, EIN POLITIKER SIE ÜBERZEUGEN?

Mit Sachkenntnis, gepaart mit Visionen und stringenter Argumentation ohne wahltaktisch motivierte Kompromissbereitschaft.

## WARUM SIND SIE BEI DER FDP?

Erstens, weil sie Grundsätze vertritt, die meiner Auffassung von Liberalismus im grossen und ganzen entsprechen, und zweitens – negativ formuliert –, weil die liberale Partei zuwenig stark ist, um ihre Anliegen durchzusetzen.

## WAS IST DIE STÄRKE DER FDP, WO SIND IHRE SCHWÄCHEN?

Stärken: Grundsätze, breites Meinungsspektrum. Schwächen: aktuelles programmatisches Defizit, zu wenige visionäre Führungsleute, zu viele (wahl-)taktisch motivierte Entscheidungen anstelle klarer Positionen.

## WAS SEHEN SIE ALS IHRE PERSÖNLICHE SCHWÄCHE AN, WAS ALS IHRE PERSÖNLICHE STÄRKE?

Schwächen: ungeduldig, verletzend Ironie im Umgang mit Mitmenschen.

## KURZBIOGRAPHIE

### Was fällt Ihnen zu diesen Themen ein:

**INTERNET:** Grosse Chance, Fortschritt, Datenstabilisierung;

**SOZIALSTAAT:** Abbau dringend nötig;

**NEAT:** Jahrhundertwerk, Kantönlicheist;

**AGRARPOLITIK:** zuwenig Markt, Subventionitis;

**VERFASSUNGSREVISION:** Kosmetik, deshalb unnötig;

«**ARENA:**» Politshow, unterhaltsam, nicht informativ.

Stärken: effizient, zielstrebig, vielfältig.

## WENN SIE NOCH EINMAL WÄHLEN KÖNNTEN: WELCHEN BERUF WÜRDEN SIE HEUTE ERLERNEN?

Denselben; der Anwaltsberuf ist fordernd, vielfältig und befriedigend.

## WELCHEN FILM HABEN SIE KÜRZLICH ANGESCHAUT?

«Liar, Liar» – ich wollte mich einmal mehr vom Bild des Anwalts in der Öffentlichkeit überzeugen...

## WELCHE SCHWEIZERISCHE PERSÖNLICHKEIT MÖCHTEN SIE GERNE KENNENLERNEN UND WARUM?

Christoph Blocher – ich möchte ihn fragen, ob er sich selber auch so ernst nehme, wie es (leider) viele Schweizer tun.

## WAS MÖCHTEN SIE AM LIEBSTEN TUN KÖNNEN, WAS SIE NICHT KÖNNEN?

Manchmal (nicht immer) den Leitsatz von Epilur beherzigen «Carpe diem»

## WELCHEN WUNSCH MÖCHTEN SIE SICH NOCH ERFÜLLEN?

Da gibt es noch so viele, dass der Platz nicht reichen würde. ■

**Das Schlachtfeld von Thun**  
oder  
**Dichtung und Wahrheit bei Jean Ziegler**



**Felix Auer: Dichtung und Wahrheit bei Jean Ziegler**

**Fundierte Replik zu «Die Schweiz, das Gold und die Toten» erschienen.**

Der Autor setzt sich mit dem im Frühjahr 1997 erschienenen Machwerk des Soziologen Jean Ziegler über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg auseinander und wehrt sich gegen deren Verunglimpfung. Er ist keineswegs der Auffassung, es sei nicht auch Kritik am Verhalten unseres Landes angebracht. Er verschweigt diese nicht.

Doch Ziegler übertreibt mit seinen Pauschalurteilen und -verurteilungen sowie mit seinen unbelegten Behauptungen in schamloser Weise. Er nutzt die heikle politische Lage skrupellos aus, in die unser Land durch die Infragestellung seiner Zweit-Weltkriegs-Politik geraten ist, und stellt dessen ohnehin angeschlagenes Ansehen im Ausland noch mehr in Frage. Zu einer konstruktiven Auseinander-

setzung mit unserer jüngsten Geschichte trägt er nichts bei.

Was in Zieglers neuestem Pamphlet Wahres steht, ist nicht neu. Und was er Neues oder angeblich Neues schreibt, ist nicht wahr, schlicht nur behauptet, jedenfalls nicht belegt. Dabei scheut der Genfer Publizist zur Propagierung seiner skurrilen Behauptungen und «Thesen» auch vor bewussten Unwahrheiten, Verfälschungen sowie vor falschen Zitaten nicht zurück. Dies belegt der Autor in der vorliegenden Erwidern.

Diese soll auch eine Ermunterung sein für jene, die die Zeiten vor 50 Jahren miterlebt haben, und für jüngere Zeitgenossen, deren Vertrauen in ihren Staat erschüttert ist.

Felix Auer: «Das Schlachtfeld von Thun oder Dichtung und Wahrheit bei Jean Ziegler.» Th. Gut Verlag, 8712 Stäfa: 1997. ISBN 3-85717-111-1.

**Wozu noch Solidarität?**

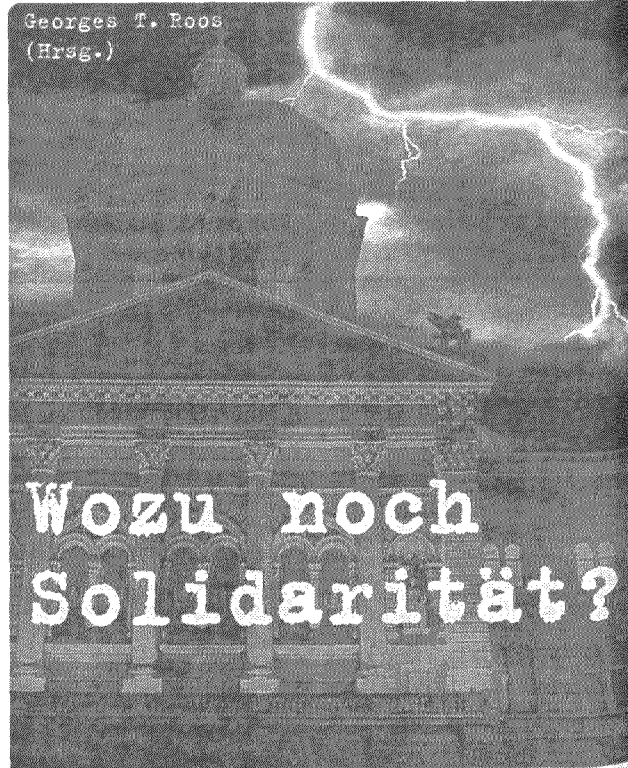
In einem Workshop am Gottlieb-Duttweiler-Institut (GDI) hat Bundespräsident Arnold Koller zusammen mit einer Reihe führender Schweizer Persönlichkeiten die Chancen und Risiken der schweizerischen Stiftung für Solidarität ausgelotet. Das Büchlein darf als Diskussionsbeitrag gelten zur «Stiftungs»-Diskussion, welche die schweizerische Öffentlichkeit erfasst hat. Auch wird es ein Ideenspendender sein, wenn die konkrete Ausgestaltung der Idee auf der Traktandenliste stehen wird. Einige der – gekürzten – Schlussfolgerungen:

■ Die Stiftung für Solidarität ist eine wegweisende Idee, weil sie die Chance birgt, schweizerische Wesensheiten neu zu beleben. Die Schweiz war in der Vergangenheit und ist in Zukunft nicht ohne Solidarität zu denken.

■ Die Ausgestaltung der Stiftung soll an solchen Stärken der Schweiz anknüpfen. Im besten Fall verleiht sie schweizerischen Mythen einen neuen, zukunftsweisenden Sinn.

■ Solange die Stiftung mit einer vermeintlichen kollektiven Schuld der Schweizer verknüpft wird, hat sie

Georges T. Roos  
(Hrsg.)



Ein Workshop zur "Stiftung für Solidarität" für und mit Bundespräsident Arnold Koller  
Veranstaltet vom Gottlieb Duttweiler Institut in Rüschlikon  
Mit Beiträgen von Hans Saner, Heinz Klegler und Christian Lutz

keine Chance in einer Volksabstimmung. Die konkrete Ausgestaltung der Stiftung muss überdeutlich ihre Zukunftsausrichtung erkennbar machen.

Am Workshop zur «Zukunft der Solidarität» wurden konkrete Ideen für die

Ausgestaltung der Stiftung geboren, die uns tragfähig erscheinen, weil sie den obengenannten Kriterien entsprechen.

Georges T. Roos (Hrsg.): «Wozu noch Solidarität?» Scherz-Verlag, Bern 1997. 128 Seiten, sFr. 19.90. ISBN 3-502-15640-9.

**Erfolgsfaktoren für Wahlen**

Einen Wahlkampf kann man nicht dem Zufall überlassen, wenn man erfolgreich sein will. Die Studie «So gewinnt man Wahlen!» leistet praxisbezogene Pionierarbeit: Erstmals in Europa wurden unmittelbar nach den Wahlen ins nationale Parlament alle Wahlgewinner (Nationalrätinnen und Nationalräte) sowie als Kontrollgruppe die ersten Ersatzleute zu ihren Massnahmen und Erfahrungen im Wahlkampf detailliert be-

fragt. Zwei Drittel der Fragebogen kamen zurück und wurden mit einer Computer-Datenbank erfasst und ausgewertet.

Die Resultate überraschen. Die Auswertung zeigt klar, welches die Schlüssel-Erfolgsfaktoren sind, um Wahlen zu gewinnen.

Ziel des Handbuches «So gewinnt man Wahlen!» ist, alle an einem Wahlkampf beteiligten Personen mit erprobtem Wissen auszurüsten. Das

Buch stellt ein auf Erfolg geprüftes Instrumentarium zur Verfügung, das professionellen Beratern wie auch Laien hilft, sich im Dschungel der möglichen Massnahmen zu orientieren und bewährte Strategien zu übernehmen oder zu adaptieren.

Jacques-Bosch, Bettina: «So gewinnt man Wahlen!». Kranich-Verlag, 8702 Zollikon. ISBN 3-906640-69-8. Fr. 98.–. Direkt bestellbar bei Dr. Bettina Jacques-Bosch, Zürcherstrasse 19, 8640 Rapperswil.

DELEGIERTENVERSAMMLUNG IN ZUG  Rede des Präsidenten

# Freisinnige Reformpolitik zur Rettung der Sozialwerke

Die FDP Schweiz hat an ihrer ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 16. August 1997 in Zug ihre Positionen in der Sozialpolitik definiert. Vorgängig stellte FDP-Parteipräsident und Nationalrat Franz Steinegger den Zusammenhang zum AHV-Jubiläum her. Der «Freisinn» veröffentlicht hier seine – leicht gekürzte – Rede.

FDP-NATIONALRAT  
UND PARTEIPRÄSIDENT  
FRANZ STEINEGGER,  
FLÜELEN (UR)

Am 6. 7. waren es 50 Jahre seit der Volksabstimmung über die «Lex Stampfli», das Bundesgesetz über die AHV. Am 1. 1. 1998 werden es 50 Jahre seit Inkrafttreten dieser Gesetzgebung sein. Viele reden heute von einer Krise des Wohlfahrtsstaates, auch der Sozialstaat wird in der Krise gesehen. Es ist deshalb angezeigt, über die Zukunft unserer Sozialwerke eine Lagebeurteilung durchzuführen.

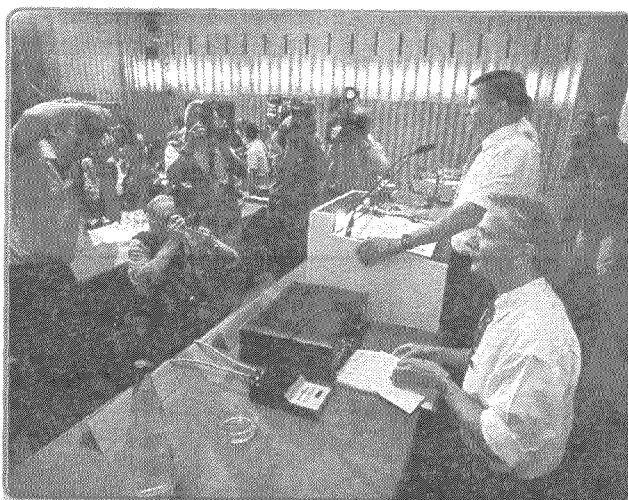
## Freisinnige Federführung bei der AHV

Ist diese Lagebeurteilung auch eine freisinnige Aufgabe? Es ist ganz besonders eine freisinnige Aufgabe. Es ist deshalb eine freisinnige Aufgabe, weil an der Grundsteinlegung unserer Sozialwerke Freisinnige eine massgebende Rolle gespielt haben. Die FDP hat am 4. 2. 1919 die Errichtung einer AHV gefordert. Der Verfassungsartikel ist am 6. 12. 1925 angenommen worden. Das konkrete Projekt des freisinnigen Bundesrates Schulthess fand aber – trotz den Ja-Parolen der FDP anlässlich eines Parteitages mit über tausend Teilnehmern – am 6. 12. 1931 beim Volk keine Gnade.

In einer Motion des St. Galler Freisinnigen Dr. Arnold Saxer vom 7. 2. 1938 wurde der Bundesrat erstmals nach der Verwerfung der «Lex Schulthess» eingeladen, die Vorarbeiten für eine Altersversicherung wieder an die Hand zu nehmen. Der freisinnige Bundesrat Obrecht hat die Motion nicht nur unterstützt, sondern den Motionär auch zum Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherungen gemacht.

Bundesrat Walter Stampfli hat die Vorarbeiten zum Abschluss gebracht. Entscheidenden Anteil an der Vorlage hatten neben Dr. Saxer auch Dr. Ernst Kaiser und der kürzlich verstorbene Dr. Peter Binswanger. Bei der Parolenfassung der FDP musste sich der freisinnige Parteipräsident nicht einmal den Anschein einer gewissen Unparteilichkeit geben. Am Parteitag vom 15. 6. 1947 im Vorfeld der Volksabstimmung vertrat nämlich der damalige Parteipräsident Dr. Max Wey die Ja-Parole. Schliesslich ist daran zu erinnern, dass die ersten Ausbauschritte für die AHV durch den freisinnigen Bundesrat Rubattel durchgesetzt wurden.

Bei diesem kurzen historischen Abriss zur AHV ist schliesslich auch noch an den 3. 12. 1972 zu erinnern.



Grosses Medieninteresse im Delegiertenrat. (Photo ruti)

In dieser Volksabstimmung wurde die als Basisversicherung konzipierte AHV zur existenzsichernden Versicherung umgebaut. Im neuen Art. 34<sup>quater</sup> BV wurde das Dreisäulenprinzip verankert.

## Verlässlichkeit der Sozialwerke sicherstellen

Die DFP hat also allen Anlass, sie hat sogar die Verpflichtung, immer wieder eine Beurteilung über den Stand der AHV vorzunehmen, Ausbaumöglichkeiten zu überlegen und vor allem die langfristige Verlässlichkeit der Sozialwerke sicherzustellen. Dabei besteht unser soziales Sicherungssystem nicht nur aus der AHV. Dazu gehören auch IV, Krankenversicherung, Berufliche Vorsorge und die Arbeitslosenversicherung. Wie stellt sich die Lage heute dar? Das Umlageverfahren befindet sich weltweit in einer Krise. Durch die Verlängerung der durchschnittlichen Lebensdauer, den Rückgang der Geburtenrate, die Verlängerung

der Ausbildungszeit und die Stagnation bzw. den Rückschritt bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze ergeben sich Belastungen für umlagefinanzierte Sozialsysteme, welche nach einer Überprüfung rufen.

Die absehbare Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben, wie sie im Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe «Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherung» (IDA FiSo) dargestellt sind, zeigt klar, dass die heutigen Leistungen unseres Systems der sozialen Sicherheit nur durch bedeutende Mehreinnahmen erhalten werden können. Es sind Zweifel berechtigt, ob diese Zusatzbelastung wirtschaftlich tragbar ist und ob nicht Fehlansätze ausgelöst werden.

## Investitionen in Altersnachmittage und Profiteure

Was tun die anderen Parteien? Die SVP hat sich in den Schützengraben begeben und investiert in Altersnachmittage. Das Problem der Sozialwerke soll aus-

## Steinegger bleibt

GUS. FDP-Parteipräsident und Nationalrat Franz Steinegger hat die Geschäftsleitung und den Delegiertenrat der FDP am Freitag, 15. August 1997, informiert, dass er die Partei noch bis zum Ende seiner Amtsdauer (gewählt bis Frühjahr 2000) zu führen gedenke. Damit kann die FDP mit dem erfahrensten Parteipräsidenten in die Wahlen 1999 schreiten. Die FDP freut sich über den Entschluss ihres Präsidenten.

schliesslich auf dem Buckel der Arbeitslosen ausgetragen werden. Die Hoffnung, man könne die älteren Mitglieder auf Dauer statt mit gesicherten Leistungen der Sozialwerke mit längst entsorgten Mythen versorgen, wird Schiffbruch erleiden.

Die SP hofft angesichts der Unsicherheit über die künftige soziale Sicherung als Kriegsgewinnler profitieren zu können. Nach dem Motto «Angriff ist die beste Verteidigung» ist sie in die Offensive gegangen. Sie hat bereits auf die Wahl 1991 hin die Mär vom Sozialabbau erfunden und 1995 nochmals aufgetischt. Neben diesem Slogan aus der Weimarer Republik wurde ein ganzer Forderungskatalog mit Ausbauwünschen verbreitet.

Erinnern wir uns kurz, was im Bereich der sozialen Sicherheit im Zeitraum seit

FORTSETZUNG AUF SEITE 6

1990 – also in einer Zeit stagnierender oder rückläufiger Wirtschaft – alles beschlossen wurde:

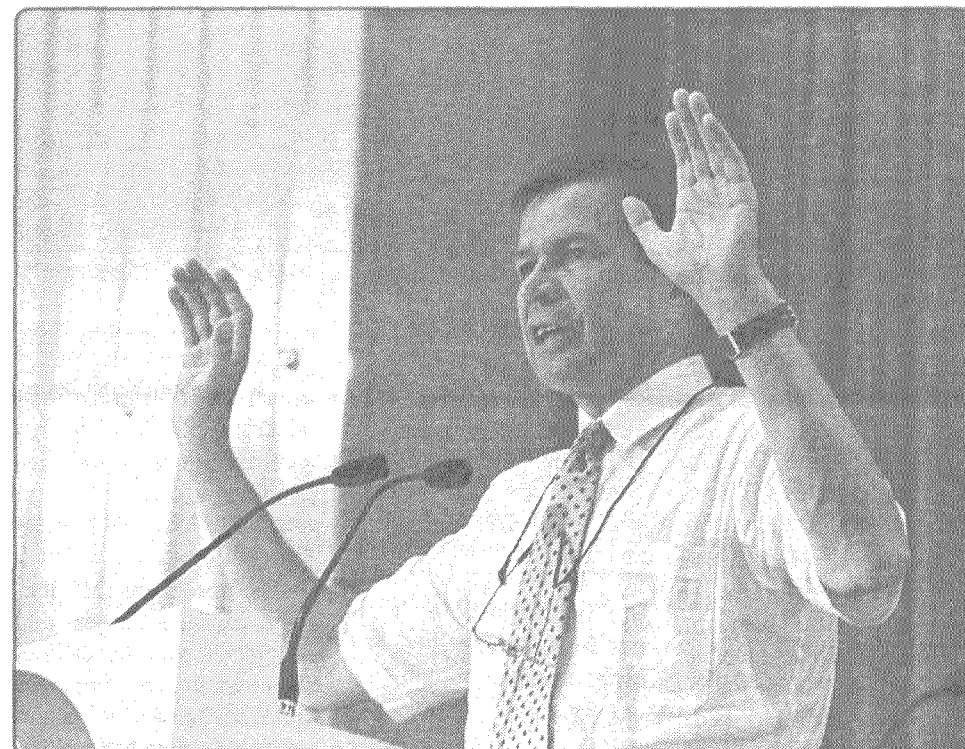
- 1. 1. 1992: Inkrafttreten 3.IV-Revision
- 1. 1. 1992: Inkrafttreten der 1. Revision der Arbeitslosenversicherung
- 4. 12. 1994: Referendumsabstimmung zum neuen KVG
- 1. 1. 1995: Inkrafttreten BG über die Freizügigkeit in der beruflichen Vorsorge
- 1. 1. 1995: Inkrafttreten BG über die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge
- 1995: 2. Revision Arbeitslosenversicherung
- 25. 6. 1995: Referendumsabstimmung zur 10. AHV-Revision
- Änderung BVG vom 1. 11. 1996 zur Verbesserung der Insolvenzschiädigung in der beruflichen Vorsorge.

**Verdoppelung der Soziallastquote**

Wenn man die Mehrausgaben im Bereiche der sozialen Wohlfahrt trotz stagnierenden Bundeseinnahmen und rückläufigem Wirtschaftswachstum seit 1990 betrachtet, beginnt man zu rätseln, warum diese Hetze und diese Forderungen vorgebracht werden. Die Soziallastquote hat sich seit 1964 fast verdoppelt auf 24,7% des BIP. Mehr Gesetze und viel mehr Geld hat also den Vorwurf des Sozialabbaus provoziert statt Zufriedenheit geschaffen. Deshalb stellt sich die Frage, ob wir uns auf dem Holzweg befinden und ob die Strategie des «weiter so» Erfolg haben kann. Wir fragen uns, ist diese Hetze blanker Unverstand? Ist es ein Exzess aus Schlamperei und manischer Fixierung? Oder ist es wohlkalkulierter Betrug an den Wählern, bei dem darauf vertraut wird,

dass die Kosten und Nachteile der sozialen Götterspeise erst in ein paar Jahren erkennbar werden?

Es bereitet auch uns nicht besonders Lust und Freude, die langfristige Sicherung der Sozialwerke zum Thema zu machen. Viel leichter und heute vielleicht sogar politisch erfolgreicher wäre es, im Schützengraben zu verschwinden oder weiter zu fordern und Ausreden vorzubereiten, wenn die Versprechungen nicht erfüllt werden können. Unser Verantwortungsbewusstsein verbietet uns ein derartiges Vorgehen. Wie wir bereits vor über 70 Jahren die Frage nach einer konkreten Lösung gestellt haben, als andere noch vom Sieg des Proletariates träumten, müssen wir uns auch heute den Problemen stellen. Wir brauchen eine Reform und nicht Ausbauparolen von vorgestern.



FDP-Parteipräsident und Nationalrat Franz Steinogger: «Es ist kein Rücktrittsschreiben des Präsidenten eingetroffen.» (Photo ruti)

bewusstsein verbietet uns ein derartiges Vorgehen. Wie wir bereits vor über 70 Jahren die Frage nach einer konkreten Lösung gestellt haben, als andere noch vom Sieg des Proletariates träumten, müssen wir uns auch heute den Problemen stellen. Wir brauchen eine Reform und nicht Ausbauparolen von vorgestern.

**Gesellschaft für schwächste Mitglieder verantwortlich**

Die Idee, dass die Gesellschaft für ihre schwächsten Mitglieder verantwortlich

ist, hat eine ethische Dimension und ist auch ein liberaler Grundsatz. Da, wo der Sozialismus diese Idee real und radikal durchsetzen wollte, hat dies zu Armut und Ungerechtigkeit geführt – und auch noch die Maschinerie zerstört, mit der Wohlstand geschaffen werden könnte. An den Sanierungskosten tragen wir heute mit. Unsere Frage ist, können wir unser soziales Netz noch ausweiten, können wir uns noch weiter weg von der Bedürfnisfrage bewegen und trotzdem auf

des nutzlosen Geldumlaufs vom Bürger zum Staat und wieder zum Bürger, weil diese distributive Geschäftstätigkeit Geld kostet.

**Grenzenloser «Lückenschliesser»**

Was tut man, wenn man weiss, dass nicht einmal die gesetzlich vorgesehenen Leistungen in der Zukunft finanziert sind? Man macht sofort einen Ausgabenstopp und eine Lagebeurteilung. Der Bundesrat hat eine Lagebeurteilung veranlasst, will aber gleichzeitig mit

dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben? Ich glaube, nein. Wir brauchen eine Konzentration auf das Notwendige. Wir brauchen vor allem die Absicherung – finanziell und wirtschaftlich – des Notwendigen. Wir müssen dafür sorgen, dass sich in das soziale Sicherungssystem nicht eine Tendenz zur Selbstvernichtung wegen Überforderung. Dies ist keine grundsätzliche Sozialstaatskritik. In der Tendenz geht es eher um eine Einschränkung des Hin- und Herschiebens von Geld,

der Mutterschaftsversicherung noch eine «Lücke» schliessen, obwohl der Souverän entsprechende Vorschläge am 6. 12. 1987 mit 71,3% Nein-Stimmen abgelehnt hat.

Bis vor kurzem konnte angenommen werden, dass Konsens darüber besteht, dass die Lohnzusatzkosten keinesfalls erhöht werden dürfen, sondern eher gesenkt werden sollten. Sobald aber wieder eine sogenannte Lücke geschlossen werden soll, geschieht genau das Gegenteil. Die Akteure aus verschiedenen

**ZUM THEMA**

.....  
*Diese Lagebeurteilung ist deshalb eine freisinnige Aufgabe, weil an der Grundsteinlegung unserer Sozialwerke Freisinnige eine massgebende Rolle gespielt haben.*

.....  
*Die SVP hat sich in den Schützengraben begeben und investiert in Altersnachmittage. Das Problem der Sozialwerke soll ausschliesslich auf dem Buckel der Arbeitslosen ausgetragen werden.*

.....  
*Wie wir bereits vor über 70 Jahren die Frage nach einer konkreten Lösung gestellt haben, als andere noch vom Sieg des Proletariates träumten, müssen wir uns auch heute den Problemen stellen. Wir brauchen eine Reform und nicht Ausbauparolen von vorgestern.*

Ecken sind sofort bereit Arm in Arm im Spiel gegen die Arbeitslosen und für zusätzliche Arbeitslose mitzuspielen. Wir stellen uns deshalb heute nicht die Frage, wo noch Lücken zu schliessen sind. Wir stellen uns die Frage nach der Verlässlichkeit unseres Sicherungssystems heute und in der Zukunft. Wir stellen die Frage nach Ausbau oder Umbau, die Frage nach der Beibehaltung des Grundkonzeptes oder nach Alternativen.

Die Reden von Parteipräsident und Nationalrat Franz Steinogger und von Bundesrat Kaspar Villiger – gehalten an der a. o. Delegiertenversammlung vom 16. August 1997 in Zug – können bestellt werden: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern.

SOZIALPOLITIK ○ FDP-Konzept

# Gegen die Verarmung

**GUS.** Die FDP Schweiz hat drei Papiere verabschiedet: das Positionspapier «Eine Politik zur Rettung der Sozialwerke statt einer Politik zur Verarmung der zukünftigen Generationen», das Papier «Kurz- und mittelfristige Massnahmen der FDP zur finanziellen Sicherung des bestehenden sozialen Netzes» und das Papier zur Gesundheitspolitik «Massnahmen der FDP zur Kostendämpfung im Bereich der Krankenversicherung». Eine Zusammenfassung des Positionspapiers veröffentlichen wir hier im «Freisinn».

## 5 sozialpolitische Postulate der FDP

■ Wir kämpfen für Sozialwerke, welche durch die heutigen wie auch die zukünftigen Generationen finanziell tragbar sind. Das eingrenzende Kriterium der Bedürftigkeit muss deshalb wieder grössere Bedeutung erlangen.

■ Wir verurteilen ein 1-Generationen-Denken im Bereich der Sozialpolitik, bei dem die finanziellen Lasten verantwortungslos den nachfolgenden Generationen

aufgebürdet werden. Der Lohn aus Erwerbsarbeit muss daher immer höher sein als die Sozialleistung. Missbräuche sind mit allem Nachdruck zu bekämpfen.

■ Wir verlangen, dass die Eigenverantwortung des Einzelnen im Zentrum steht. Jedermann hat grundsätzlich für sich und seine Angehörigen Vorsorge zu treffen.

■ Wir kämpfen für die Sicherstellung unserer sozia-

len Errungenschaften. Das Prinzip der solidarischen Vorsorge darf nicht zur Vergesellschaftung der individuellen Lebensrisiken führen.

■ Wir setzen uns ein für die notwendige Steigerung der Effizienz unserer Sozialversicherungen. Dies bedingt, dass nach Möglichkeit Formen der Zwangsvorsorge durch verstärkte Anreize zu individueller Vorsorge zu ersetzen sind.

## Resolution zur Sicherung der Sozialwerke

■ Der Umbau des Sozialstaates gehört zu den dringenden Reformen. Die FDP verfolgt eine Politik, die überzeugende Lösungen den Grabenkämpfen voranstellt. Wir Freisinnigen sind überzeugt, dass die grösseren Herausforderungen durch die internationale Konkurrenz unser Sozialsystem im Kern nicht in Frage stellen. Hingegen deckt die Globalisierung Schwächen und falsche Anreize unerbittlich auf. Sie erhöht damit den Druck auf die notwendigen Reformen.

■ Der seit 1991 grassierende Vorwurf des Sozialabbaus ist tatsachenwidrig und stellt den Versuch dar, einen weiteren Ausbau

zu fordern. Wir Freisinnigen verurteilen vehement eine solche tatsachenwidrige Politik. Sie schadet nicht nur der Schweizer Politikultur, sondern verringert auch die Bereitschaft all jener Kräfte, die bisher mit einer Politik der Vernunft an der Sicherung unserer Sozialsysteme tatkräftig mitwirkten.

■ Für die FDP gefährden nicht diejenigen den Sozialstaat, welche die notwendigen Reformen anstreben, sondern diejenigen, die sie blockieren.

■ Angesichts der zunehmend globalisierten Wirtschaft spricht sich die FDP gegen die Belastung der Arbeit mit weiteren Lohnnebenkosten aus.

■ Die FDP spricht sich gegen die Gefährdung des Generationenvertrags bei den umlagefinanzierten Sozialwerken infolge eines weiteren Leistungsausbaus aus.

■ Für die FDP ist klar, dass angesichts der demographischen Perspektiven und zur Erhaltung der Schweizer Standortkonkurrenz in der Weltwirtschaft nicht der Ausbau, sondern der Umbau des Sozialsystems zur Diskussion steht.

■ Wir Freisinnigen fordern ein rasches Handeln zur Sicherung der Grundleistungen des Sozialstaates.

## 10 sozialpolitische Grundsatzaussagen der FDP

1. Die FDP verfolgt eine Politik, welche die Existenzsicherung gewährleistet. Sie befürwortet die gesetzliche Verpflichtung des Staates, Menschen in Not zu helfen.
2. Die FDP spricht sich für ein Sozialversicherungssystem aus, welches die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft mitberücksichtigt.
3. Die FDP strebt eine auf ökologische Gesichtspunkte ausgerichtete Steuerreform zum Zwecke der Senkung der Lohnnebenkosten an – ohne Erhöhung der Fiskalquote.
4. Die FDP spricht sich für eine Sozialpolitik aus, welche generationensolidarisch ist.
5. Die FDP spricht sich für eine Sozialpolitik mit Eigenverantwortung aus.
6. Die FDP spricht sich für die Beibehaltung des 3-Säulen-Prinzips aus.
7. Die FDP spricht sich für eine Sozialversicherung im Bereich der Arbeitslosenunterstützung aus, welche die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen hilft.
8. Die FDP spricht sich für eine konsequente Umsetzung des KVG und für einen bedürfnisgerechten Mutterschutz aus.
9. Die FDP ist gegen eine Verstaatlichung der Krankenversicherung und der Gesundheitsversorgung.
10. Die FDP ist gegen die Einführung von eidgenössischen Familienzulagen und eines staatlich garantierten Mindesteinkommens.

## Talon

- JA, ich bestelle die folgenden Papiere der ausserordentlichen Delegiertenversammlung von Zug:
- Positionspapier «Eine Politik zur Rettung der Sozialwerke statt einer Politik zur Verarmung der zukünftigen Generationen»
- «Kurz- und mittelfristige Massnahmen der FDP zur finanziellen Sicherung des bestehenden sozialen Netzes»
- «Massnahmen der FDP zur Kostendämpfung im Bereich der Krankenversicherung»

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Einsenden oder faxen an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00.

## Sportpolitik 2000

**GUS/BR.** Die FDP kehrt nach Magglingen zurück, um in sportlicher Umgebung die Grundsätze ihrer Sportpolitik zu diskutieren. Am 27. September sind alle interessierten Freisinnigen aufgerufen, an dieser Tagung teilzunehmen.

Welche Sportpolitik soll die FDP Anfang des nächsten Jahrhunderts umsetzen? Dies ist die Hauptfrage, welche die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der FDP-Sporttagung am Samstag, 27. September 1997, in Magglingen beantworten werden.

### Freizeitanteil des Sports steigt

Seit dem beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung der 50er Jahre nimmt der Sport einen immer grösser werdenden Teil der Freizeit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ein. Jugend und Sport ist sehr aktiv und arbeitet auf breiter Ebene

mit den Sportvereinen zusammen.

### Gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen

Sportpolitik muss heute nicht nur technische und wirtschaftliche Neuigkeiten verarbeiten, sondern auch den wichtigen gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen. Sie muss die höhere Zahl älterer Menschen berücksichtigen, sie muss die Drogenproblematik einbeziehen, sie muss auf neue gesellschaftliche Einstellungen zur Leistungsbereitschaft reagieren. Ebenso muss Sportpolitik gewisse politische Erfordernisse unterstützen, so zum Beispiel die Reduktion der Gesundheitskosten.

Um diese Probleme zu diskutieren und zusammen die Zukunft der FDP-Sportpolitik vorzubereiten, lädt die FDP alle freisinnigen Sportinteressierten an diese Tagung ein. ■

### Talon

JA, gerne melde ich mich an für die FDP-Sporttagung vom Samstag, 27. September 1997, in Magglingen.

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Talon einsenden an:

FDP der Schweiz, Sportpolitik, Postfach 6136, 3001 Bern, oder faxen an: (031) 320 35 00.

# FEDER FÜHREND



**BAUMANN FEDERN AG**

Postfach

CH-8630 Rüti

Tel. 055/286 81 11, Fax 055/286 85 11



## Ein Rosenstrauss vom Chef.

Eine überzeugende Präsentation dank einem Office-Kurs von DIGICOMP.

Planen Sie heute den Erfolg von morgen. Mit der führenden Informatik-Schule in Ihrer Nähe.

Telefon 0844 844 822

Zürich Schlieren Basel  
Bern Luzern Brugg  
St. Gallen Rapperswil  
Winterthur Lausanne  
Genève Lugano

**DIGICOMP®**  
COMPUTERSCHULE



DELEGIERTENRATSSITZUNG JF SCHWEIZ Einstimmige Parolen

# Nein zu «Jugend ohne Drogen» Besorgnis über Zukunft der ALV

**Die Jungfreisinnigen Schweiz (JF Schweiz) haben an ihrer Delegiertenratssitzung vom 9. August 1997 in Luzern einstimmig die Nein-Parole zur Volksinitiative «Jugend ohne Drogen» beschlossen. Den Bundesbeschluss über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung empfehlen die Jungfreisinnigen zur Annahme.**

Über die Volksinitiative «Jugend ohne Drogen» infor-

mierten sich die Jungfreisinnigen mit einem kontradiktorischen Podiumsgespräch mit Politikern und Ärzten unter der Gesprächsleitung von Cyrill Engeli (Jungfreisinnige Kt. Basel-land). Für Ständerätin Helen Leumann-Würsch (FDP LU) ist die Initiative zu restriktiv und verfolge ein illusorisches Ziel. Das Vier-Säulen-Modell des Bundesrates dagegen sei erfolgversprechend und weiterzuvollziehen. Professor Reto Tscholl (Chefarzt für Urologie am Kantonsspital Aarau und Gegner der Initiative) vertritt die Meinung, dass es

grundlegend falsch sei, eine Therapiemöglichkeit für Drogenkranke als die einzig richtige zu erklüren und alle andern zu verbieten. Studien würden klar belegen, dass mit Repression und Sofortentzug keine höhere Abstinenz erreicht werden könne. Eine repressive Drogenpolitik überlasse jedoch die Drogenkranke der Mafia. Der Berner Nationalrat Simon Schenk (SVP) entgegnete, dass eine «gewisse Härte» nicht zum vornherein schlecht sei. Die staatliche Heroinabgabe verfolge ein falsches Ziel, indem die Abstinenz der Süchtigen nicht

im Vordergrund stehe. Dr. Ernst Aeschbach (Psychiater und Psychotherapeut) stiess sich daran, dass die Initiative von den Medien als «extrem» dargestellt werde.

Für die Jungfreisinnigen, die sich seit Wochen mit anderen Jugendparteien für ein Nein zur Initiative einsetzen, blieb die Parolenfassung eine klare Sache: Einstimmig beschlossen sie die Nein-Parole. Die Initiative geht für sie in eine völlig falsche Richtung, indem sie Drogenkranke weiter kriminalisiert und eine staatliche Heroinabgabe verunmöglicht. Die Jungfreisinnigen

stellen sich damit hinter das Vier-Säulen-Modell des Bundesrates.

Mit grosser Sorge sehen die Jungfreisinnigen der Zukunft der Arbeitslosenversicherung entgegen. Es sind rigorose Massnahmen erforderlich, damit die Finanzierung des Sozialwerkes, welche für eine weit tiefere Arbeitslosenzahl als heute konzipiert worden ist, weiter gesichert bleibt. An der Notwendigkeit der Weiterführung des dringlichen Bundesbeschlusses bestand deshalb kein Zweifel: Die Jungfreisinnigen empfehlen einstimmig die Annahme. ■

NEUE TECHNOLOGIEN Jungfreisinnige werden aktiv

# Jungunternehmer/-innen ins Internet!

**Die Jungfreisinnigen wollen einen Beitrag zur Besserstellung der Jungunternehmer/-innen in der Schweiz leisten.**

**MICHAEL HUBER  
VIZEPRÄSIDENT  
JUNGFREISINNIGE  
SCHWEIZ**



Nach den Diskussionen über die Lancierung einer Volksinitiative ist nun klar: Eine Initiative ist zu träge, wir wollen sofort handeln. Die Jungfreisinnigen lancieren des-

halb <http://www.jungunternehmer.ch>. Dort erhalten Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer die Möglichkeit, gratis ihre Homepage zu veröffentlichen. Bei der Gestaltung ihrer Seiten erhalten sie von uns Unterstützung – und das alles gratis!

Das bedeutet, dass z. B. die Jungunternehmerin Regine Meier mit ihrer EDV-Unternehmung «RM-Computing» unter <http://www.jungunternehmer.ch/rmcomputing> ihre Homepage veröffentlichen und damit ihre Produkte einem breiten Publikum vorstellen kann. Zusätzlich erhält sie die

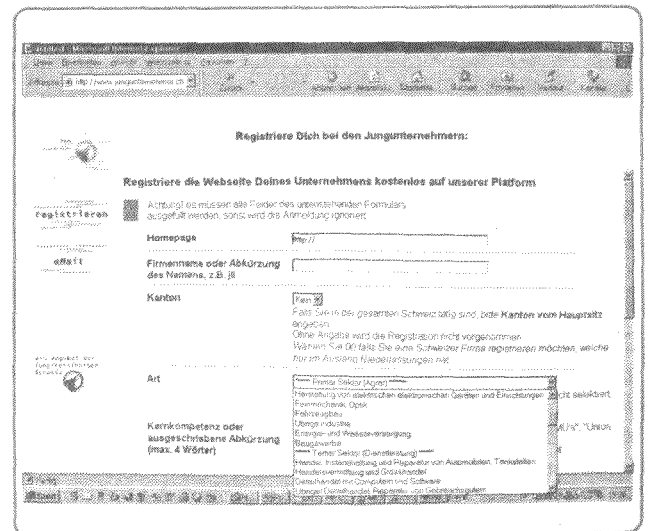
E-Mail-Adresse [rm-computing@jungunternehmer.ch](mailto:rm-computing@jungunternehmer.ch), mit der sie mit ihren Kundinnen und Kunden kommunizieren kann.

Die Gestaltung von Internet-Seiten ist zwar in den letzten Monaten durch neuartige Programme wesentlich einfacher geworden, trotzdem sind Begriffe wie «html» und «url» für viele noch Bücher mit sieben Siegeln. Deshalb leisten wir Jungfreisinnigen da aktive Unterstützung, indem wir für die Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer – z. B. basierend auf einem Werbeprospekt – die Gestaltung der Seiten übernehmen.

Wer als Kunde oder Kundin die Seite <http://www.jungunternehmer.ch>

anwählt, kann nach Name, Branche, Region und mittels Volltextsuche nach dem Jungunternehmen für seine Bedürfnisse suchen.

Für nähere Informationen wenden Sie sich an <http://www.jungunternehmer.ch>  
Telefon (031) 951 84 26  
Fax (031) 951 84 24  
[jungunternehmer@jungfreisinnige.ch](mailto:jungunternehmer@jungfreisinnige.ch) ■



28. SEPTEMBER 1997 ◊ Nein zur Initiative «Jugend ohne Drogen»

# Keinen Bärendienst erweisen

«Jugend ohne Drogen», welch schöner, welch verführerisch falscher Titel für eine gefährliche, das komplexe Problem der Drogenabhängigkeit vollkommen eindimensional angehende Initiative! Wir alle wünschen uns eine Jugend ohne Drogen – ja darüber hinaus und angesichts der verheerenden menschlichen und volkswirtschaftlichen Auswirkungen des übermässigen Konsums legaler Suchtmittel eine Gesellschaft mit möglichst wenig Abhängigkeiten.



FDP-Ständerätin Christine Beerli: «Die Initiative will den Pfeiler «Überlebenshilfe» ganz und vom Pfeiler «Therapie» wichtige Teile herausbrechen.» (Photo ruti)

FDP-STÄNDERÄTIN  
CHRISTINE BEERLI,  
BIEL

Wer behauptet, das einfache Patentrezept zur Lösung der vielschichtigen Drogenproblematik zu kennen und daneben keine Alternative zulassen will, muss Misstrauen erwecken. Den Drogenabhängigen gibt es ebensowenig wie die Schweizerin, den Italiener oder den Staatsbürger. Jeder einzelne drogenkranke Mensch ist einzigartig und durch seine Geschichte geprägt. Die richtige Ansprechform, die ideale Therapie für den einen Betroffenen mag für die andere Person vollkommen falsch, ja kontraproduktiv sein.

## Gefahr der Ansteckung

Die einzig auf Repression und strikte abstinenzorientierte Therapie ausgerichteten Methoden der Initiative erreichen nur einen kleinen Teil der abhängigen Menschen und überlassen die

vielen zurzeit nicht motivierten Schwerstabhängigen ihrem traurigen Schicksal. Indem die Abgabe sauberer Spritzen und die Durchführung von Methadonprogrammen nicht mehr toleriert werden sollen, werden eine Vielzahl von Menschen der Gefahr der Ansteckung mit schweren, ja tödlichen Krankheiten (Hepatitis und Aids) ausgesetzt. Dies bringt nicht nur zusätzliches, unermessliches menschliches Leid mit sich, sondern verursacht auch grosse Kosten für Staat und Gesellschaft.

## Richtige Vier-Säulen-Politik

Weil es den einzig richtigen Weg nicht gibt und viele

verschiedene Ansatzpunkte gewählt werden müssen, haben sich Bundesrat und Parlament für eine auf vier Säulen abgestützte Politik entschieden:

■ Grundlage jeder Politik im Suchtbereich muss die Prävention sein. Durch Erziehung zur Selbständigkeit, Verwurzelung und echtem Selbstbewusstsein sollen möglichst viele junge Menschen in die Lage versetzt werden, im kritischen Moment Nein sagen zu können und das Leben ohne Suchtmittel zu meistern.

■ Drogenkranke Menschen soll die Möglichkeit geboten werden, sich in eine Therapie zu begeben. Das Therapieangebot hat der Verschiedenartigkeit der

Ansprechpartner Rechnung zu tragen und muss dementsprechend vielfältig ausgestaltet sein. Es sind Langzeittherapien und niederschwellige, kurze Behandlungsangebote vorzusehen.

## Überleben ermöglichen

■ Denjenigen Schwerstabhängigen, denen zurzeit die Therapiemotivation fehlt, ist Überlebenshilfe zu leisten. Das Schaffen und Beibehalten von Möglichkeiten zum Spritzenaustausch und zum Erhalt neuer, sauberer Spritzen ist absolut notwendig. Die Programme zur kontrollierten Abgabe von Heroin sind fortzuführen. Nur so besteht die Möglichkeit, einen Kontakt zu schwerkranken, verwahrlosten Menschen herzustellen, ihnen das Überleben zu ermöglichen und bei ihnen langsam, Schritt für Schritt, die Therapiemotivation zu erwecken.

■ Vierter und letzter Pfeiler ist und bleibt die Repression. Es ist unbedingt notwendig,

dass die Polizei mit Konsequenz und Härte gegen den Handel und vor allem die nichtabhängigen Händler vorgeht. Dazu sind ihr die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Ihre Aufgabe wird zudem erleichtert, wenn schwerstabhängige Konsumenten die Möglichkeit haben, bei einem Programm zur kontrollierten Abgabe von Heroin mitzumachen, und nicht gezwungen sind, zur Finanzierung des Eigenkonsums auch Handel zu betreiben.

## Verantwortungslose Initiative

Das Konzept von Bundesrat und Parlament erlaubt eine differenzierte, vielfachfrige Drogenpolitik. Die Initiative will den Pfeiler «Überlebenshilfe» ganz und vom Pfeiler «Therapie» wichtige Teile (die Methadonprogramme) herausbrechen. Dies zu tun ist verantwortungslos und leistet dem anvisierten Ziel, einer Jugend ohne Drogen, einen Bärendienst.

## Talon

Zur Volksabstimmung vom 28. September 1997 über die Volksinitiative «Jugend ohne Drogen» liegen auf dem Generalsekretariat der FDP folgende Materialien zur Bestellung auf:

- Folder «Weshalb wir die Initiative «Jugend ohne Drogen» ablehnen.
- Argumentarium «Volksinitiative Jugend ohne Drogen» (9 Seiten)
- Positionspapier des Eidgenössischen Komitees für eine ehrliche Drogenpolitik (2 Seiten)

- JA, ich bestelle . . . Exemplare des Folders
- JA, ich bestelle . . . Exemplare des Argumentariums
- JA, ich bestelle . . . Exemplare des Positionspapiers

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden oder faxen an FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00.

28. SEPTEMBER 1997 ◉ Ja zur Arbeitslosenversicherung

# Es geht um zwei Franken sechzig

Von Jahr zu Jahr steigen die Ausgaben der öffentlichen Hand stärker als die Einnahmen. Die Bundesschulden nahmen im Durchschnitt dieser Jahre um 15 Prozent pro Jahr zu und dürften bis zur Jahrhundertwende die Summe von 100 Milliarden Franken übersteigen.

FDP-NATIONALRAT  
ERICH MÜLLER,  
WINTERTHUR (ZH)

1996 zahlte der Bund über drei Milliarden Franken Schuldzinsen. Zugenommen haben vor allem die Ausgaben für Soziale Wohlfahrt. Diese betragen 1980 rund 20,3 Prozent der Bundesausgaben. Bis 1990 stiegen sie mässig auf 21,3 Prozent. Dann begann eine rasante Steigerung der Sozialaufwendungen bis 1996 auf 29 Prozent. Der Aufwand des Bundes hat sich in sechs Jahren nahezu verdoppelt. Wenn dieser Trend nicht gebrochen wird, steigen die Aufwendungen des Bundes für die Soziale Wohlfahrt weiterhin überproportional an.

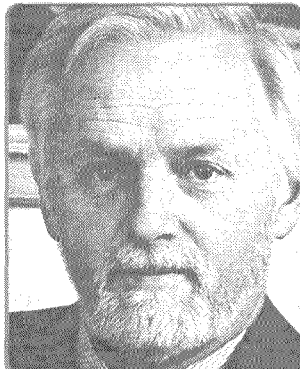
## Mehrmaliger Ausbau der Arbeitslosenversicherung

Das Bundesgesetz über die Arbeitslosenversicherung vom 25. Juni 1982 sah grosszügige Leistungen an die Arbeitslosen vor. Die Finanzierung bereitete damals keine Schwierigkeiten. Das hohe Leistungsniveau ist auch von den Gewerkschaften als angemessen betrachtet worden. Im Rahmen der Revision 1995 wurde die Möglichkeit, Arbeitslosengelder zu beziehen, massiv ausgedehnt. Mit Einschluss der arbeitsmarktliehen Massnahmen können Arbeitslose heute maximal während zweier Jahre Taggelder beziehen.

Mit der jetzt zur Abstimmung gelangenden Vorlage sollen die Taggelder minim gekürzt werden. Im Durchschnitt geht es um Franken 2.60 pro Tag. Beträgt das Taggeld eines Erwerbslosen ohne Unterhaltspflicht 100.-, wird es um einen Franken reduziert. Bei einem Taggeld von 200.- beträgt die Reduktion sechs Franken. Mit Unterhaltspflicht wird das Taggeld von 100.- um einen Franken gekürzt, das Taggeld von 200.- um zwei Franken. Bei diesen geringfügigen Reduktionen, mit denen wegen der grossen Zahl der Arbeitslosen gesamthaft gesehen aber doch rund 70 Millionen Franken eingespart werden können, kann nicht von sozialer Demontage gesprochen werden. Die heutige Regelung ist selbst nach Gutheissung der Sparbeschlüsse in den meisten Fällen wesentlich grosszügiger als die Regelung bis zu Beginn der neunziger Jahre. Was bis 1990 als sozial galt, kann nicht sieben Jahre später unsozial sein.

## Katastrophale Finanzlage der Arbeitslosenversicherung

1990 verfügte die Arbeitslosenversicherung über einen Reservefonds von fast drei Milliarden Franken, heute hat sie Schulden von über sechs Milliarden. Die heutige Finanzierung der Arbeitslosenversicherung basiert auf der Annahme, dass mittelfristig nicht mehr



FDP-Nationalrat Erich Müller: «Bei diesen geringfügigen Reduktionen kann nicht von sozialer Demontage gesprochen werden.»

als 100 000 Personen arbeitslos sind. Die durchschnittliche Arbeitslosenzahl bewegte sich im vergangenen Jahr um 168 000. Damit ist die Schweiz vom Ziel, die Zahl der Arbeitslosen unter die Grenze von 100 000 zu drücken, noch weit weg. Die Arbeitslosenversicherung ist deshalb schon seit Jahren defizitär: Sanierungsmassnahmen sind unausweichlich.

## Unterprivilegierung der Rentner, Krankheitsinvaliden und Wehrmänner

Die Arbeitslosen sollen gegenüber andern Sozialleistungsempfängern nicht privilegiert werden. Auch Rentnerinnen und Rentner können nicht Anspruch erheben auf Renten von 70 bis 80 Prozent ihres früheren Einkommens. Gleiches gilt für Krankheitsinvaliden. Der Einkommensersatz der Rentner liegt im Durchschnitt wesentlich unter dem Einkommensersatz der Arbeitslosigkeit. AHV und BVG sollten gemäss Dreisäulen-Konzeption im Durchschnitt 60 Prozent der Einkommen vor der Pensionierung erreichen. Diese Zielsetzung konnte nicht verwirklicht werden und

wird auf absehbare Zeit auch nicht erreicht werden. Arbeitslose stehen oft im Genuss höherer Leistungen als Wehrmänner und lehnen deshalb häufig eine militärische Weiterbildung ab, weil das Arbeitslosengeld deutlich höher ist als die ihnen sonst ausgerichteten Taggelder der Erwerbsersatzordnung. Ein Hilfsarbeiter ohne Unterhaltspflicht beispielsweise, der vor der Rekrutenschule 2000.- im Monat verdient hat, erhält im Falle der Arbeitslosigkeit eine Arbeitslosenentschädigung von 1584.-, als Rekrut erhalte er 930.- EO-Entschädigung zuzüglich Sold.

## Ohne gesunde Wirtschaft keine haltbare Sozialpolitik

Die Sanierung der Bundesfinanzen ist eine Voraussetzung für einen nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung und für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Als Beitrag zur Sanierung der Bundesfinanzen hat das Parlament im Rahmen der Sparbeschlüsse, die erst 1995 gegen den Willen des Bundesrates beschlossene Verpflichtung des Bundes, aus der leeren Bundeskasse 5 Prozent der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung zu finanzieren, wieder abgeschafft. Dagegen ist das Referendum ergriffen worden. Ein hochverschuldeter Staat kann niemals ein sozialer Staat sein. Die Sanierung des Bundeshaushalts kann nicht durch eine Erhöhung der Lohnprozente oder eine andere fiskalische Belastung der Arbeit erreicht werden. Mit jeder Verteuerung der Arbeit wandern Arbeitsplätze ins Ausland ab. Auch neue

## ZUM THEMA

Was bis 1990 als sozial galt, kann nicht sieben Jahre später unsozial sein.

Ein hochverschuldeter Staat kann niemals ein sozialer Staat sein.

Das Referendungskomitee, die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften gehen vom Grundsatz aus, die ändern sollen zahlen.

Steuern, welche die Unternehmen belasten, führen zum Exodus von Arbeitsplätzen.

Die Schweiz ist für Unternehmen schon längst kein Steuerparadies mehr. Mit höheren Steuern, mit höheren Sozialversicherungslasten und mit höheren Bundesdefiziten würde der erhoffte Aufschwung abgewürgt. Die Sozialpolitik ist auf eine konkurrenzfähige Wirtschaft angewiesen, denn sie kann letztlich nur das verteilen, was zuvor erarbeitet worden ist. Das Referendungskomitee, die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften gehen vom Grundsatz aus, die ändern sollen zahlen. Sie haben bis heute keine Vorschläge zur Sanierung der Bundesfinanzen oder auch nur der Arbeitslosenversicherung vorgestellt, die innerhalb der nächsten Jahre eine Mehrheit im Parlament und im Volk finden könnten. Darum verdient die Vorlage zur Arbeitslosenversicherung ein klares Ja. ■

## KOLUMNE

## FC FDP ade!



Sollte die FDP die mitgliederstärkste Partei sein, so fällt dies weiter nicht auf. Hingegen sticht in die Augen, dass es sich eindeutig um die präsidentenstärkste politische Organisation handelt. Denn im Sinne des echten, weil uneigennütigen Engagements fühlt sich jedes Mitglied persönlich dafür verantwortlich, was die gewählten Präsidentinnen und Präsidenten von der Orts- und Kreispartei bis hinauf auf die nationale Ebene äussern. Deshalb nörgeln die selbsternannten

Kader an ihren legitim gekürten Repräsentantinnen und Repräsentanten fröhlich, despektierlich und pauschal herum: präzispaschend zur Abkürzung FDP.

Beschlüsse der oberen Instanzen, sofern sie überhaupt zur Kenntnis genommen werden, sind für die unteren regelmässig unverbindliche Verlautbarungen, wie es der schönsten basisdemokratischen Tradition entspricht. Diese setzt sich fort in den kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Räten mit fraktionsinternen Flügelkämpfen, die leider nicht intern blei-

ben, sondern über die Medien die Öffentlichkeit als Familienkrähe köstlich unterhalten. Zu den Glanznummern im elektronischen Sägemehl der politischen Arena gehört das Schwingen und Ringen zwischen dem Spitzenpersonal der Partei.

Dies alles zeugt, wir wollen es auch positiv sehen, von Vielfalt und Lebendigkeit. Aber wenn die Partei vor lauter Pluralität und Vitalität in die Sonderinteressen zerfällt, verliert sie ausgerechnet das, wofür sie eigentlich geschaffen worden ist: die Stärke für die Bündelung der Einzelkräfte, um politisch erfolgreich zu gestalten. Zur Erinnerung an diese Notwendigkeit haben Parteipräsident Franz Steinegger und

Bundesrat Kaspar Villiger vor den Delegierten in Zug Klartext gesprochen. Zur Freude aller? Mit Sicherheit zur Genugtuung jener, die bei Abstimmungen für liberale Projekte und bei Wahlen für liberale Persönlichkeiten Mehrheiten finden wollen.

Denn eine Partei ist kein Fussballklub mit elf Spielern auf dem glitschigen Rasen und Heerscharen von Zuschauerinnen und Zuschauern auf der gedeckten Tribüne, die ebenso launisch anfeuern wie pfeifen, für jede Taktik eine noch bessere wissen und mit Leidenschaft über die Absetzung des Trainers diskutieren. Daraus entsteht der süffige Stoff für Zeitungen, Radio und Fernsehen, aber bei weitem

nicht der Teamgeist, den eine Mannschaft für die Tore und Punkte dringend braucht.

So wäre zu hoffen, dass der FC FDP den Zugersee als Jungbrunnen genossen hat, um an Leib und Seele gestärkt zu neuen Ufern aufzubrechen und visionär an Land zu gehen: nicht als wild tschuttender Verein, sondern als geschlossene Partei mit mehr Mitgliedern als Präsidenten. Es dient der FDP, wenn sie mit Flügeln kämpft und auf Flügelkämpfe verzichtet.

*Alex Bänninger,  
Publizist,  
Präsident  
des Freisinnigen  
Presseverbandes  
der Schweiz, Zürich*

## IMPRESSUM

## Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Neuen-gasse 20, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00, E-mail: gs@fdp-prd.ch

VERANTWORTLICH  
FÜR DIE REDAKTION:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Guido Schommer (GUS). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

## INSERATEN-VERWALTUNG:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

## DRUCK:

NZZ-Druckzentrum, Schlieren  
Einzelnummer Fr. 2.-  
Jahresabonnement Fr. 20.-

## Informationspaket FDP

Mit dem «Informationspaket FDP» sind Sie bestens informiert. Sie erhalten einmal wöchentlich den Pressedienst der Partei, monatlich den «Freisinn» sowie viermal jährlich die «Politische Rundschau» zugestellt. Im Pressedienst finden Sie unter den Rubriken Aktuell, Wirtschaft, Session, Dokumentation usw. Wissenswertes, das insbesondere den Orts- oder Bezirkspräsidenten dienlich sein kann. Selbstverständlich erhalten Sie auch die offiziellen Communiqués der FDP der Schweiz. Die «Politische Rundschau» behandelt jeweils ausgewählte Themen ausführlich.

## Wir wünschen Zustellung von

- Informationspaket FDP Fr. 150.- (Jahresabonnement)
- Freie Schweizer Presseinformation (Jahresabonnement)
- Politische Rundschau Fr. 20.- (Jahresabonnement)
- Der Freisinn Fr. 20.- (Jahresabonnement)

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

9/97

Adresse: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, oder per Fax (031) 320 35 00.

SWISSEURO  
GLOBAL.



K 177

28. SEPTEMBER 1997 ◉ Ja zu einer tragbaren Arbeitslosenversicherung

# Staatsausgaben begrenzen!

Am 28. September 1997 stimmt das Schweizer Volk auch über den dringlichen Bundesbeschluss «zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung» ab. Dabei handelt es sich um eine Vorlage, die zur Sanierung der Bundesfinanzen beitragen soll.

FDP-NATIONALRAT  
ROLF HEGETSCHWEILER,  
OTTENBACH (ZH)

Der Bundeshaushalt rutscht immer tiefer in die roten Zahlen. Das Defizit der Finanzrechnung erhöhte sich 1996 gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Milliarden Franken auf 4,4 Milliarden Franken. Bei Einbezug der Finanzspritzen an die SBB und anderer Rechnungskosmetik beträgt der Fehlbetrag sogar 6,6 Milliarden Franken. Die Einnahmen hielten einmal mehr nicht mit dem Ausgabewachstum Schritt. Die Schulden des Bundes kletterten so auf fast 90 Milliarden Franken. Dies sind über 12 000 Franken Schulden pro Einwohnerin und Einwohner in der Schweiz. Für diese Schulden zahlen wir pro Tag (!) mehr als 8 Millionen Franken Zinsen. Und dies bei extrem tiefen Zinsen. «Ein Anstieg des Zinsniveaus hätte verheerende Folgen», schreibt der Bundesrat selber in seiner Botschaft zur Staatsrechnung 96.

## Ausgabensprung bei sozialer Wohlfahrt

Den grössten Ausgabensprung verzeichnet mit fast 25 Prozent Steigerung gegenüber der Vorjahresrechnung die Soziale Wohlfahrt. Für mehr als die Hälfte dieses Zuwachses ist die Arbeitslosenversicherung verantwortlich. Grund hierfür ist einerseits die hohe Zahl von Arbeitslosen, andererseits aber auch das System der Arbeitslosenversicherung,

## Zweifel beim Anreiz zur Stellensuche

Obwohl die Anspruchsvoraussetzungen für Bezüge aus der Arbeitslosenversicherung



FDP-Nationalrat Rolf Hegetschweiler: «Dem Teufelskreis der hohen Defizite, der steigenden Verschuldung und eines ständig schrumpfenden Handlungsspielraumes beim Bund wie bei der ALV muss endlich mit einer entschlossenen Sanierung begegnet werden.»

in der Teilrevision von 1995 verschärft worden sind, gehören die Bedingungen des Leistungsbezuges, der Taggeldansatz und die Bezugsdauer gemäss schweizerischem System zu den grosszügigsten weltweit. Es muss bezweifelt werden, dass eine solche Arbeitslosenversicherung ausreichende Anreize insbesondere für junge Arbeitslose schafft, eine neue Stelle zu suchen und auch anzunehmen. Zu beobachten ist nämlich in vielen Fällen ein verändertes Verhalten der Arbeitnehmer (Angst vor der Arbeitslosigkeit nimmt ab und Motivation zum Wiedereinstieg ins Berufsleben sinkt!) sowie der Arbeitgeber (Förderung des «hire and fire», das heisst schnellere Entlassung auf Kosten der Arbeitslosenversicherung).

Wie sich immer mehr herausstellt, ging man bei der Teilrevision der Arbeitslosenversicherung im Jahre 1995 von viel zu optimistischen Annahmen hinsichtlich der Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen aus. Diese Zahl hält sich heute hartnäckig bei 200 000 Arbeitslosen oder 5 Prozent der erwerbsfähigen Schweizerbevölkerung. Eine wesentliche Besserung ist nicht abzusehen. Die schweizerische Arbeitsmarktpolitik muss sich damit auch mittel- und langfristig auf eine völlig neue Situation einstellen. Die an der günstigeren Entwicklung orientierte Arbeitslosenversicherung bedarf damit einer umfassenden Reform.

Mehrere Untersuchungen haben dies eindeutig belegt: Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der Leistungshöhe und -dauer der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenrate. Die diesbezüglich grosszügigen Länder – wie etwa Belgien – befassen sich daher ernsthaft mit einer einschneidenden Korrektur nach unten.

Als Folge dieser Fehleinschätzungen und den zu grosszügigen Leistungen produziert die schweizerische Arbeitslosenversicherung riesige Defizite. Der Schuldenberg betrug 1996 bereits 6,2 Milliarden Franken und trägt damit nicht unwesentlich zu den finanziellen Problemen des Bundes bei. Dem Teufelskreis der hohen Defizite, der steigenden Verschuldung und eines ständig schrumpfenden Handlungsspielraumes beim Bund wie bei der Arbeitslosenversicherung muss endlich mit einer entschlossenen Sanierung begegnet werden.

## Notwendig und zumutbar

Vor diesem Hintergrund wird das Volk nun am

28. September 1997 über den dringlichen Bundesbeschluss «zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung» abzustimmen haben. Dabei sollen bei der Arbeitslosenversicherung in erster Linie mit Taggeldkürzungen rund 160 Millionen Franken jährlich zugunsten des Bundeshaushaltes eingespart werden. Für die Arbeitslosen geht es dabei um Kürzungen beim Taggeld von 1 bzw. 3 Prozent. Dies sind im Durchschnitt Fr. 2.60 pro Tag. Zuviel, meint eine Vereinigung von welschen Arbeitslosen, mit Unterstützung von Gewerkschaften und Sozialdemokraten, die gegen den Bundesbeschluss das Referendum ergriffen haben. Notwendig und zumutbar meine ich. Um weitergehende Sanierungsmassnahmen wird man bei der Arbeitslosenversicherung aber trotzdem nicht herumkommen, wenn man endlich zu einer ausgeglichenen Rechnung ohne erneute Erhöhung der Lohnprozente kommen will. Mit einem Ja am 28. September können wir mindestens einen Schritt in die richtige Richtung tun und einen kleinen Beitrag an die Gesundung der Bundesfinanzen und der Arbeitslosenversicherung leisten. Weitere werden aber folgen müssen. ■

## Talon

Zur Volksabstimmung vom 28. September 1997 über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung (ALV) liegen auf dem Generalsekretariat der FDP folgende Materialien zur Bestellung auf:

- Folder «Schluss mit der Schuldenwirtschaft» (4 Seiten)
- Argumentarium «für den Bundesbeschluss über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung (ALV)»

- JA, ich bestelle . . . Exemplare des Folders  
 JA, ich bestelle . . . Exemplare des Argumentariums

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden oder faxen an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00.

AMAG ...news  
jeden Sonntag  
auf SF DRS 2.  
Mit Autowettbewerb.

AMAG-Leasing:  
Sharan (ab Fr. 34 990.-):  
Fr. 18.35/Tag, Fr. 558.05 mtl.  
(48 Monate / 10 000 km pro Jahr).

www  
VW auf Internet  
<http://www.volkswagen.ch>

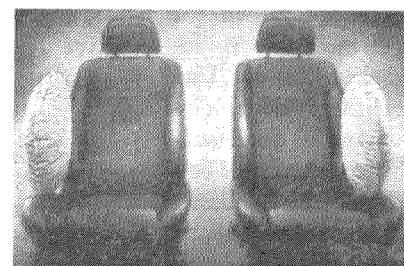
Auto  
Profit  
Das Bonussystem.  
Hotline: 0844 810 810

AMAG  
AMAG Import,  
5116 Schinznach-Bad,  
und die VW-Partner der  
Schweiz wünschen gute Fahrt.



## Jetzt bekommt die Passat Limousine Konkurrenz: Der neue Passat Variant.

Endlich können Sie wählen: Ab sofort gibt es das laut vielen europäischen Fachjurys beste Auto der Mittelklasse auch als Variant. Mit der selben überlegenen Technik, mit 11 Jahren Garantie gegen Durchrostung und mit einer kompletten Grundausstattung, bei der bereits ab Fr. 29 910.- auch Seiten-Airbags inbegriffen sind. Kurz: Der Variant bietet Ihnen so viel Komfort und Sicherheit, wie Sie sonst nur bei der Passat Limousine finden.



**Der neue Passat Variant. Erfolgsgeschichte, Teil II.**



ERÖFFNUNGSTAGUNG  SPIDER TOWN in Tägerwilen

# Gute Bildung ist einziger Rohstoff

An der Eröffnungstagung sprachen illustre Referenten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, so Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz und der baden-württembergische Wissenschaftsminister Klaus von Trotha. In seiner Rede hob Bundesrat Delamuraz die Bedeutung der Aus- und Weiterbildung, der angewandten Forschung und der Umsetzung der Forschungsergebnisse in die Wirtschaft hervor.



Rolf Weigele (von Spider Town), Nationalrat Ernst Mühleemann, Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, Wirtschaftsminister Klaus von Trothe (Baden-Württemberg) und Regierungsrat Hermann Lei bei der Eröffnung.

Bundesrat Delamuraz: «Das Technologiezentrum SPIDER TOWN in Tägerwilen sendet positive Signale aus. Hier hat sich eine Gruppe von innovativen Unternehmern zusammengefunden. Sie helfen anderen, marktfähigen Produkte zu entwickeln, Ideen in Erfolge umzumünzen. SPIDER TOWN schafft durch eine mutige, risikofreudige Initiative neue Arbeitsplätze. Das sind sehr positive Signale und Vorbilder. SPIDER TOWN ist daher auch ein wirtschaftlicher Erfolgsfaktor für die Euregio Bodensee mit einer weiten Ausstrahlung.»

Seine von den Tagungsteilnehmern sehr gut aufgenommene und traditions-gemäss mit welschem Charme und Witz vorgetragene Rede schloss Bundesrat Delamuraz: «Die Schweiz ist mehr denn je auf internationale Zusammenarbeit angewiesen: in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Politik. SPIDER TOWN zeigt im grenznahen Raum, «im Kleinen», wie wir das «im Grossen» machen können: Zusammenarbeit, Offenheit, Initiative «von unten», z. B. durch kleine und mittlere Unternehmen.»

Der baden-württembergische Wissenschaftsminister Klaus von Trotha unterstrich in seiner Rede speziell die Tatsache, dass Kürzungen in der finanziellen Förderung der angewandten Forschung neu überdacht und korrigiert werden müssen.

## Ausbildung, Ausbildung, Ausbildung

«Unsere Position im weltweiten Wettbewerb werden wir nur mit einer starken Wirtschaft bewältigen können, und dazu müssen wir mit Spitzentechnologien und Spitzenleistungen in der Forschung befähigt sein. Vollkommen entgegen diesen Erfordernissen sind die Ausgaben für Forschung und Technologie weltweit, also auch in Japan, gemessen am Inlandprodukt zurückgegangen. In Japan sind jedoch Massnahmen eingeleitet, die in den nächsten fünf Jahren eine Verdoppelung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung vorsehen. In den USA sind ähnliche Anstrengungen im Gang, und Tony Blair hat in seinem Wahlkampf drei Ziele herausgestellt: Ausbildung, Ausbil-

dung und Ausbildung. Wir tun gut daran, wenn wir unser Forschungsbudget überdenken und aufstocken, wenn wir die Forschungszusammenarbeit über die Landesgrenzen, wie sie hier in Tägerwilen gelebt wird, weiter verstärken und Forschungsergebnisse konsequenter als bisher in unserer Wirtschaft umzusetzen.» Von Trotha schloss seine Rede mit den Worten: «Bei SPIDER TOWN in Tägerwilen ist ein neuartiges, zukunftsgerichtetes Zentrum für die grenzüberschreitende Forschung und Entwicklung entstanden. Es war ein persönliches Bedürfnis, an der Eröffnung hier in Tägerwilen dabeizusein, um den innovativen Initiatoren, Unternehmern und Professoren, für ihr Unterfangen Glück zu wünschen.» ■

VON JOHANN LOCHER,  
PRÄSIDENT FDP WETZIKON,  
TÄGERWILEN

«Der Qualität von Ausbildung, Forschung und Entwicklung misst der Bundesrat eine herausragende Bedeutung bei. Unser einziger «Rohstoff» ist die gute Bildung unserer Einwohner. Mit Deutschland teilen wir das weltweit einzigartige Modell der dualen Berufsbildung. Die Einrichtung der Fachhochschulen wird auch bei uns dieses System stärken und attraktiv halten. Die Schweiz verfügt dann über ein umfassendes Angebot an Hochschulen (Universitäten, die beiden ETH, Fachhochschulen) mit guten Verbindungen zur Wirtschaft. Von den Fachhochschulen werden insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen profitieren. Die KMU erhalten noch besser ausgebildete Mitarbeiter und dazu einen direkten Draht zu Forschung und Entwicklung.»

## Positive Signale

Zur Bedeutung von Initiativen von der Basis meinte

## Netzwerk für Macher, eine Stadt für Visionen

Am Anfang stand das Dow-Forschungszentrum in Tägerwilen. 1996 beschloss Dow Europe, den Forschungsbetrieb zu schliessen. Mit Rücken-deckung der Thurgauer Kantonalbank und der Thurgauer Regierung setzten die Macher, Hansjörg Fasnacht, Rolf Weigele und Marcel Rutishauser, ihre Vision eines hochvernetzten High-Tech-Zentrums im Oktober 1996 um.

In den vergangenen 12 Monaten sind so über 70 neue Arbeitsplätze entstanden.

Spider Town ist das Netzwerk für Macher. In dessen Zentrum steht das Verknüpfen, Ergänzen und

Umsetzen von Know-how; der Ort also, an dem Unternehmer am schnellsten Lösungen zur Umsetzung ihrer Ideen finden.

## Direkter Draht zur Forschung

Mit ihren über 9000 Forschern und rund 1,4 Milliarden Mark Budget hat die Fraunhofer-Gesellschaft in der angewandten Forschung in Deutschland eine Ausnahmestellung. Ihre erste Schweizer Niederlassung hat sie mit dem Institut für chemische Technologie und der Technologie-Entwicklungsgruppe Stuttgart in Spider Town in Tägerwilen gegründet. Auch die Univer-

sität Stuttgart hat sich mit dem Institut für Kunststoffprüfung und Kunststoffkunde in Spider Town niedergelassen.

## Beratung und Begleitung

Die Spider-Town-Unternehmensberatung bietet Beratung und Begleitung für Strategie, Technologie, Struktur, Finanzführung und Controlling.

Kontakt:  
FITT-Technologie-  
Transferstelle  
Spider Innoventure AG,  
8274 Tägerwilen  
Telefon (071) 666 76 99  
Fax (071) 669 23 28  
E-Mail:  
meil@spidertown.ch

INTERVIEW ◊ Margot Vögele, Vorstandsmitglied der FDP-Frauen Schweiz

# «FDP braucht die Frauen»

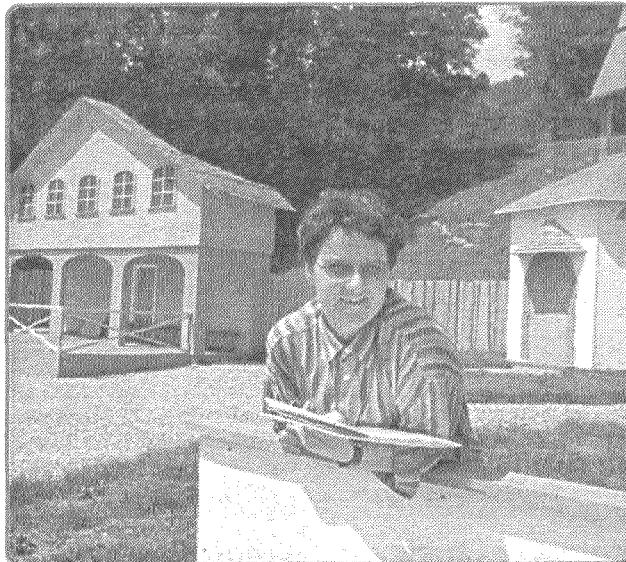
Die in Altstätten eine Agentur für Öffentlichkeitsarbeit führende Oberrieterin Margot Vögele ist in den Vorstand der FDP-Frauen Schweiz gewählt worden. Das mit 32 Jahren jüngste Vorstandsmitglied wird das Ressort Kommunikationsarbeit nach aussen übernehmen. «Die FDP braucht die Frauen», zeigt sich Vögele im Gespräch überzeugt.

**MARGOT VÖGELE, DER VORSTAND DER FDP-FRAUEN SCHWEIZ BESTEHT AUS NEUN MITGLIEDERN. WELCHE AUFGABEN ERFÜLLT DIESES GREMIUM, UND WELCHEN STELLENWERT HAT DIESE INNERHALB DER NATIONALEN FDP-FÜHRUNG?**

FDP-Frauen Schweiz ist eine eigenständige politische Gruppierung, die mit einem Sitz in der Geschäftsleitung der FDP Schweiz vertreten ist. Das Ziel der FDP-Frauen Schweiz ist es,

im politischen Meinungsprozess wieder vermehrt – in Anführungs- und Schlusszeichen – die Wortführerinnen-Rolle bei frauenspezifischen Themen zu übernehmen. Als Dachorganisation der freisinnigen Frauenerorganisation hat sie in erster Linie politische Funktionen und vertritt klar das liberale Gedankengut.

**ALSO KÖNNEN DIE FDP-FRAUEN ALS ORGANISATION DIE POLITIK DER FREISINNIG-DEMOKRATISCHEN PARTEI DER**



Margot Vögele: «Mein Ehrgeiz ist, diesen Job gut zu machen.» (Photo Pius Scharli)

**SCHWEIZ IN IRGEND EINER WEISE BEEINFLUSSEN?**

Auf jeden Fall. So wie der politische Meinungsbildungsprozess in anderen Organisationen stattfindet, ist es auch bei uns. Über kompetente Sachpolitik und überzeugende Positionen lassen sich noch immer Meinungen bilden. Dazu kommt, dass FDP-Frauen Schweiz eine recht grosse politische Interessensgruppierung ist. Und die FDP braucht die Frauen.

**Auch weiterhin Basisarbeit leisten**

**SIE ÜBERNEHMEN DIE VERANTWORTUNG FÜR DIE KOMMUNIKATIONSARBEIT NACH AUSSEN. WIEVIEL ARBEIT ERWARTEN SIE?**

Für mich ist klar, dass ein solches Amt mit viel persönlichem Engagement und Idealismus verbunden ist. Den zeitlichen Aufwand beziffern zu wollen ist fast nicht möglich, da er ganz einfach auch abhängig ist vom Idealismus und von der Fachkompetenz.

**SIE SIND NUN IN EINEM FÜHRUNGSGREMIUM AUF OBERSTER EBENE. HABEN SIE AUCH NOCH FUNKTIONEN AUF DER BASIS GEMEINDE, BEZIRK ODER KANTON?**

Mit der Berufung in dieses nationale Gremium war für mich klar, dass ich Prioritäten setzen muss. Denn persönlich ist es mir wichtig, dass ich meine Arbeit gut und professionell mache. Selbstverständlich werde ich auch inskünftig an regionalen politischen Veranstaltungen teilnehmen, ich leiste im Rahmen meiner Möglichkeiten gerne weiterhin auch Basisarbeit.

**Chance und Herausforderung**

**HAT DIE POLITISCHE ARBEIT AUSWIRKUNGEN AUF IHR PRIVAT- UND BERUFSLEBEN IM RHEINTAL?**

Öffentlichkeitsarbeit im Spannungsfeld einer politischen Gruppierung ist eine Chance und zugleich eine Herausforderung. Aber auch die Zusammenarbeit

## ZUM THEMA

Das Ziel der FDP-Frauen Schweiz ist es, im politischen Meinungsprozess wieder vermehrt – in Anführungs- und Schlusszeichen – die Wortführerinnen-Rolle bei frauenspezifischen Themen zu übernehmen.

Über kompetente Sachpolitik und überzeugende Positionen lassen sich noch immer Meinungen bilden. Dazu kommt, dass FDP-Frauen Schweiz eine recht grosse politische Interessensgruppierung ist.

Die FDP braucht die Frauen.

mit den überregionalen Medien wird interessant sein. Diese setzt allerdings voraus, dass innerhalb der Organisation auch ein gutes Kommunikationsnetz aufgebaut werden kann, damit Informationen schnell fließen und Kommunikationsfehler möglichst vermieden werden. Dass ich im Rheintal wohne, ist in diesem Fall sicher ein kleiner Nachteil.

**EMPFINDEN SIE DAS NEUE AMT ALS SPRUNGBRETT FÜR EINE ANDERE POLITISCHE ARBEIT?**

Mein Ehrgeiz ist, diesen Job gut zu machen. Was die Zukunft bringt, ist offen. Ich möchte mich daher auch nicht mit einer Aussage festlegen.

(Quelle: «Der Rheintaler», Heerbrugg)

**FDP auf Internet**
  
**Besuchen Sie uns auf dem World-Wide-Web!**
  
**Unsere Adresse:**
  
**E-Mail: gs@fdp-prd.ch**
  
**www: http://www.fdp.ch**



FREISINN-WETTBEWERB ◊ Die Gewinner

# Die Rabensänger singen . . .

Im letzten «Freisinn» haben wir Sie gefragt, welches Lied die «Rabensänger» aus der Ostschweiz am Abschiedsfest von Ständerat Otto Schoch und Generalsekretär Christian Kauter wohl sangen. Der «Freisinn» präsentiert die Gewinnerlieder.

GUS. In der Juli/August-Ausgabe des «Freisinns» wurden Sie angesprochen mit der Frage, welches denn wohl das Lied sei, das die Rabensänger, die Ständerat Otto Schoch aus der Ostschweiz hatte «einfliegen» lassen, Bundesrat Kaspar Villiger zum Ständchen brachten. Eine grosse Anzahl von Leserinnen und Lesern haben uns geantwortet, die Besten werden im folgenden prämiert.

Die zwei Hauptpreise, nämlich ein FDP-Porte-

feuille und ein FDP-Foulard, gingen an Claudia Meier in Bern für

«Sag mir, wo die Franken sind, wo sind sie geblieben . . .»

und an Erhard Szabel in Bassersdorf für

«Nobody knows the trouble, I've seen . . .»

Obwohl ohne Preis geblieben, werden hier auch andere Leservorlesungen präsentiert:

«Wohin soll ich mich wenden?»

«Die Botschaft hören wir wohl, allein uns fehlt der Glaube . . .»

«Alle Augen warten auf Dich» (Heinrich Schütz, 1657).

«So schwarz sind wir vom Neat-Loch, quak, quak, was bleibt uns noch?»

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ganz herzlichen Dank fürs Mitmachen, der Gewinnerin und dem Gewinner herzliche Gratulation! Der nächste «Freisinn»-Wettbewerb folgt in der Ausgabe Oktober.



Die Rabensänger aus der Ostschweiz beim Ständchen.

(Photo ruti)

## Herzlich willkommen, Dominique Delaloye

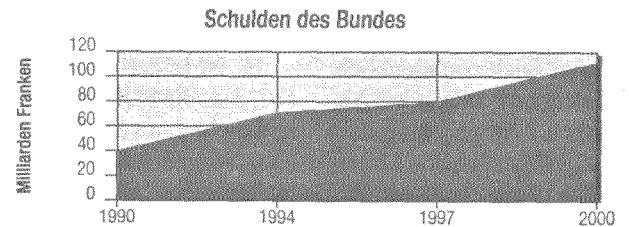
Seit dem 1. September schreibt, denkt und spricht ein neues Gesicht in der Zentrale der FDP Schweiz in Bern. Dominique Delaloye heisst die neue Mitarbeiterin. Sie stammt aus Martigny VS und ist dort

mit 26 Jahren bereits Mitglied der Stadtregierung. Sie hat von Monique Pichonnaz Ogier den Posten der französischsprachigen «attachée de presse» auf dem Generalsekretariat der FDP

Schweiz übernommen und wird zudem das Ressort Bildungs- und Forschungspolitik betreuen. Die Crew vom Generalsekretariat heisst sie recht herzlich willkommen.

# SCHLUSS MIT DER SCHULDENWIRTSCHAFT!

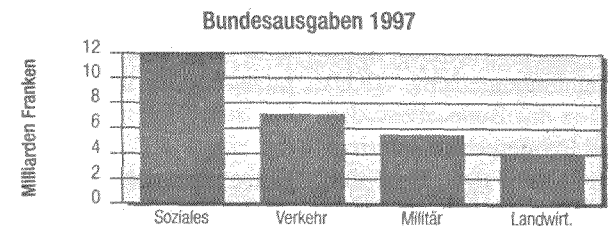
Der Bund hat über 85 Milliarden Franken Schulden. Dies sind 85'000 Millionen Franken oder über 12'000 Franken Schulden pro Einwohnerin und Einwohner. Die Tendenz ist weiter steigend - im Jahr 2000 werden wir mit rund 110 Milliarden Franken verschuldet sein:



Für diese Schulden zahlen wir pro Tag ganze 9 Millionen Franken an Zinsen. Bei einer Gesamtverschuldung von 110 Milliarden im Jahr 2000 werden wir einen Zehntel der Bundesausgaben nur für den Schuldendienst aufwenden.

Mit anderen Worten: Wir müssen der Schuldenwirtschaft endlich ein Ende setzen. Ansonsten wird die Staatsverschuldung nicht nur die Wirtschaft - und damit Arbeitsplätze -, sondern auch den Generationenvertrag (AHV) und andere soziale Fragen massiv belasten.

Vor diesem Hintergrund haben Bundesrat und Parlament namhafte Ausgabenkürzungen auf der ganzen Breite des Bundeshaushaltes vorgenommen: Die Bereiche Militär, Bundesverwaltung, Hochschulen, Forschung, Entwicklungshilfe, Asylwesen sind nur einige Beispiele, welche von Sparmassnahmen betroffen sind.



Den grössten Anteil an den Bundesausgaben hat die «Soziale Wohlfahrt» (fast 13 Mrd.). Hier sind massvolle Sparmassnahmen bei der Arbeitslosenversicherung (ALV) unumgänglich. Der Bund kann es sich nicht leisten, der ALV neben den aktuellen Darlehen von 6,2 Milliarden Franken zusätzlich 200 Millionen pro Jahr zu schenken.

Die Schweiz hat heute eine gute Arbeitslosenversicherung. Im internationalen Vergleich steht sie mit ihrem Leistungsstandard an 5. Stelle.

1. Schweden	9. Oesterreich
2. Dänemark	10. Frankreich
3. Niederlande	11. Kanada
4. Norwegen	12. Grossbritannien
5. Schweiz	13. Italien
6. Deutschland	14. Spanien
7. Finnland	15. Japan
8. Belgien	16. USA

Mit massvollen, sozial verträglichen Massnahmen bei der ALV kann der Bund 200 Millionen Franken einsparen. Für die Arbeitslosen geht es um Kürzungen beim Taggeld von 1 bis 3 Prozent. Dies sind im Durchschnitt 2.60 Franken pro Tag.

Wir müssen jetzt die Vernunft haben, auch bei der Arbeitslosenversicherung mit massvollen Sparmassnahmen zu reagieren.

Ansonsten kommen wir in ein paar Jahren nicht um finanzielle Rosskuren herum.

**JA zur  
Arbeitslosenversicherung  
am 28. September!**

Schweizerisches Aktionskomitee  
«JA zu einer tragbaren Arbeitslosenversicherung»  
Postfach 1265, 8034 Zürich, PC 80-54021-2

## «Morast der Mitte»

*Sehr geehrte Damen und Herren*

Der Artikel auf der Frontseite des «Freisinn FDP Schweiz» vom Juli/August stimmt mich nachdenklich, ja weckt in mir böse Ahnungen. Wenn innerhalb des bürgerlichen Lagers solche Töne laut werden, sehe ich schwarz für die Zukunft.

Das Elaborat des Pressechefs der FDP ist in einer Sprache verfasst, die so weit über das Ziel hinaus-

schießt, dass man nur noch den Kopf schütteln kann. Man kann verschiedener Meinung sein und das zum Ausdruck bringen.

Es ist leider eine Tatsache, dass die FDP sich mehr und mehr den vom Bundeshaus ausgehenden «Trendmeinungen» anpasst, die uns erwiesenermassen immer tiefer in den «Morast der Mitte» (Dr. H. Letsch) abgleiten lassen.

Vielleicht liegt da der Grund, dass die Versuchung

besteht, andere, von diesem Trend abweichende Meinungen nicht auszudiskutieren, sondern unliebsame Exponenten solcher Meinungen ins Abseits zu stellen. Diese Unsitte ist bedauerlich vor allem dann, wenn sie gegenüber Personen angewandt wird, die sich auf ihre Art für die legitimen Anliegen und Interessen breiter bürgerlicher Schichten einsetzen.

*Rudolf Burger, Burg*

## Abschreckend

*Sehr geehrte Damen und Herren*

Ich weiss, dass auf der Traktandenliste andere Themen stehen, als ich vorbringen möchte.

Sollten Sie jedoch nächstens in der Lage sein, das Thema «Kampf der Kriminalität und den gewalttätigen Demonstrationen» aufzunehmen, würde ich dies sehr begrüßen.

Ich bin überzeugt, dass ein Vermummungs-Verbot

mit Besserstellung im Streitfall vor Gericht des Nichtvermummten abschreckend wirken könnte. Auch wäre dies für die Angehörigen der Betroffenen und für die vielen verängstigten Bürger der Schweiz eine Geste in der richtigen Richtung.

Sollte man im Parlament nicht durchkommen, so gaube ich, dass das Volk sofort eine Initiative zustande bringen würde.

*Otto Häberli, Aarau*

## Wettbewerbsbehinderung statt Wirtschaftsförderung?

*Sehr geehrte Damen und Herren*

Obige Frage muss ich leider als Mitunternehmer eines Kleinunternehmens (KU) neben den Bundesbehörden und Bundesparlamentariern vor allem den Behörden und Grossräten meines Heimatkantons St. Gallen stellen aufgrund meiner fast

5jährigen Negativerfahrungen in folgender Hinsicht:

Ab 2. Hälfte 1992 schliterte ich vom Unternehmensberater immer tiefer bis zum Hauptaktionär in das obige KU hinein. Als Humanliberaler begeisterte mich vorerst besonders dessen fachlich kompetente Mitunternehmer und Mitar-

beiter. Diese hatten es nämlich gewagt, Mitte 1991 – also Anfang der immer noch herrschenden Wirtschaftsrezession – ihren fast sicheren Griff bei ihrer Grossarbeitgeberin, dem bedeutendsten Unternehmen im Bereiche Brand- und Wasserschadensanierung und Industrieanlagewartung in der Schweiz, loszulassen und das obige KU in Marktkonkurrenz zum besagten Grossunternehmen (GU) zu gründen. Meine späteren KU-Mitunternehmer dachten, sie könnten ihre bei der ehemaligen Grossarbeitgeberin aufgebauten Beziehungen zu deren Kunden problemlos für ihre eigene Neufirma ausnützen. Einige Kunden konnten sie tatsächlich für ihre KU gewinnen. Aber eine systematische Auftrags- bzw. Auftragsempfehlungsboykottierung meistens zugunsten ihrer Grosskonkurrentin – vermutlich auch aufgrund der verschärften Wirtschaftsrezession – schien leider vermehrt den Geschäftserfolg meines KU zu beeinträchtigen.

Damals begann meine unternehmerische Mitarbeit vor allem durch zusätzliche Auftragsvermittlung mittels Öffnung entsprechender Beziehungstüren. Meine er-

ste Türöffnungsaktion Ende 1992 bei der im Kanton St. Gallen für Gebäudeversicherung einzig zuständigen Staatsinstitution schien zuerst erfolgreich. Leider kam es daraufhin nie zu indirekt vergebenen Gebäudeschadensanierungsaufträgen an mein KU – selbst nicht einmal nach Vergabe von Vorausträgen an mein KU seitens des für Fahrhabensanierung am selben Schadenort zuständig gewesenen Privatversicherers!

Zugegeben, mein KU hatte auch schon im Kanton St. Gallen einige kleine Gebäudeinnenraumschäden sanieren dürfen. Dies geschah jeweils im Anschluss an ihre dortigen Fahrhabensanierungen!

In den beiden Kantonen Aargau und Zürich empfahlen hingegen die entsprechenden Staatsinstitutionen mein KU öfters für Gebäudesanierungen, selbst bei relativ grossen Schadenfällen in Industrie und Gewerbe – u. a. auch schon nach hartem Offertkampf mit seiner Grosskonkurrentin!

«Dank» systematischer Auftragsempfehlungsboykottierung seitens der betreffenden St. Galler Kantonalinstitutionen dürfte mein KU, seit dessen Gründung Mitte 1991 nur mit

Werkstatt/Lagerhalle und seit Frühjahr 1996 gesamthaft in Sargans/St. Gallen beheimatet, geschätzt mindestens 300 000 Franken Umsätze nicht erhalten haben. Dies dürfte nach meiner Meinung ein wesentlicher Indirekt-Beitrag der zuvor erwähnten St. Galler Kantonalinstitution zum Untergang meines KU 1997 gewesen sein – nach meiner Meinung leider im Sinne des vermutlich auch in der Schweiz und im übrigen Westeuropa immer noch vorherrschenden Hinterkopf-Grundsatzes «Die Kleinen erdrosselt man – die Grossen bläht man auf!» Tief enttäuscht über den Wirtschaftsstandort «Kanton St. Gallen», frage ich mich ganz offen: «Heisst Wirtschaftsförderung der Klein- und Mittel-Unternehmen (KMU) – wie von unserer Regierung und unseren Politikern so oft versprochen – eher Wettbewerbsbehinderung zugunsten der Gross-Unternehmen (GU)?» Daher mein humanliberaler Wunsch: «Weg von der Filz- und Pfründenwirtschaft – hin zur freien, offenen und fairen Marktwirtschaft!!»

*Jörg Schawalder, St. Gallen*

## Kein Blocher-Huldiger

*Sehr geehrte Damen und Herren*

Auf der Titelseite der Juli/August-Ausgabe des «Freisinn» der FDP Schweiz lässt sich Pressechef Guido Schommer des langen und des breiten über die SVP und insbesondere Christoph Blocher aus. Auch wenn er die Namen der «vergleichbaren Gestalten in unseren östlichen und westlichen Nachbarländern» nicht nennt, schreckt er nicht davor zurück, Blocher in die Nähe von Haider und Le Pen zu rücken. Angriffe auf den politischen Gegner und dessen Disqualifikation können fehlende Inhalte nicht ersetzen. Spätestens seit dem Niedergang der Auto- bzw. Freiheitspartei muss dies zur

Kenntnis genommen werden.

Es liegt mir fern, mich in die Reihen der Blocher-Huldiger einzureihen. Trotzdem stelle ich fest, dass er das sagt, was viele nur denken. Dadurch wird zumindest ein Kontrapunkt zum vereinigten Medienmasochismus gesetzt, mit welchem die Holocaust-Debatte geführt wird.

Durch Dauerkritik an Blocher und Co. wird die FDP-Position nicht gestärkt. Vielmehr werden dabei Kräfte verzettelt, welche besser dafür eingesetzt werden sollten, die Position der FDP in dieser heiklen Frage zu erarbeiten.

*Philipp Müller, Grossrat, Reinach AG*



# Steinegger 2000

Karikatur Andreas Töns

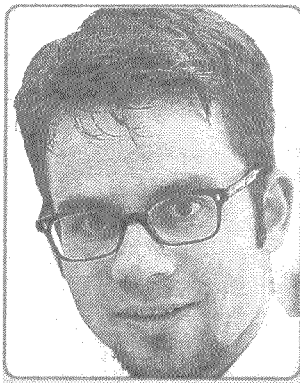
WIE SICH LINKE KADER VON DER BASIS ABMELDEN ◉ Zwei Beispiele

# Linke Blindgänger häufen sich

Die sogenannten linken Vordenker verrennen sich in letzter Zeit mehr und mehr in ihren selbst gestellten Ideologiefallen. So geschehen bei den gross angekündigten Referenden gegen die PTT-Reform, wo die PdA einen Schuh voll herausgezogen hat. So geschehen auch –

dank der Vox-Analyse wissen wir es – bei der SP, die für ihre Exportverhinderungsinitiative nicht einmal die Mehrheit im eigenen Lager gefunden hat. Zeichen der Zeit, dass sich linke Kader und linke Basis zunehmend voneinander entfernen.

**GUIDO SCHOMMER, PRESSECHIEF FDP DER SCHWEIZ**



Guido Schommer

Das Phantom der Referenden gegen die notwendige und vernünftige PTT-Reform ist verschwunden. Halb Bundesbern rätselte in den letzten Monaten über Erfolg oder Misserfolg der Referendumsführer der Partei der Arbeitsplatzabbauer (PdA). Selbst der linke Bundesrat Moritz Leuen-

berger «drohte» den abtrünnigen Linksaussen an, dass die Bundeskanzlei im Erfolgsfalle die Unterschriftenzahlen sehr schnell prüfen werden, um eine Abstimmung noch in diesem Jahr zu ermöglichen und um die für die Telecom (später Swisscom) wichtige Liberalisierung des Marktes voranzutreiben.

### Eigene Truppen werden untreu

Nun haben die linken Rädelführer aufgegeben. Offenbar ist es ihnen nicht gelungen, die Vorlage als «Sozialabbau»-Vorlage zu verkaufen. Zu stark sind die Schutzmassnahmen für die Arbeitnehmer ausgebaut. So stark, dass auch die restliche Linke (SP und grosse Teile der Gewerkschaften) vor dem Ergreifen des Referendums warnten. Das linke Fussvolk ist dem PdA-Kader nicht gefolgt. Es ist der PdA zugute zu halten, dass sie zu einem relativ frühen Zeitpunkt – einen Monat vor Ablauf der

Sammelfrist – ihr Scheitern bekanntgegeben haben. So kann bereits jetzt mit Nachdruck und ohne Zögern an die noch notwendigen grossen Anstrengungen im Telecombereich gegangen werden.

### Empfindliche Niederlage der SP-Chefideologen in eigenen Reihen

Wir erinnern uns: Am 8. Juni 1997 schickten Volk und Stände die Exportverbotsinitiative der SP haushoch (mit über 77 Prozent Nein-Stimmen) bachab. Die entsprechende Vox-Analyse hat nun Bemerkenswertes zutage gefördert: Bei den Anhängrinnen und Anhängern der Initianten selber, der SP, befürworteten nicht einmal die Hälfte, nämlich nur gerade 48 Prozent, diese heuchlerische Initiative. Dies spricht bezüglich Unterstützung aus den eigenen Reihen Bände. Die ideologisierte Führungsspitze der SP hat damit einen empfindlichen Dämpfer erhalten. Mit wehenden Fahnen untergegangen ist die SP schon mit zahllosen Vorlagen; wenn die Unterstützung in den eigenen Reihen aber derart mager ausfällt, müsste das schon zu denken geben.

### Hoffnung auf bessere Zeiten vermutlich vergebens

Angesichts solcher Ohrfeigen der Basis an die Adresse linker Überflieger

könnte man sich von bürgerlicher Seite wünschen, dass die Genossen sich in Zukunft etwas mehr an die Vernunft halten werden. Doch dies wird – angesichts bisheriger Lebenszeichen der neuen SP-Führung – wohl ein frommer Wunschtraum bleiben. Zitat der SP-Bienliführerin Ursula Koch im «St. Galler Tagblatt»:

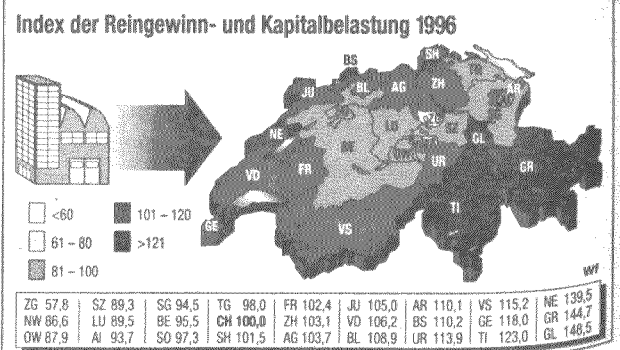
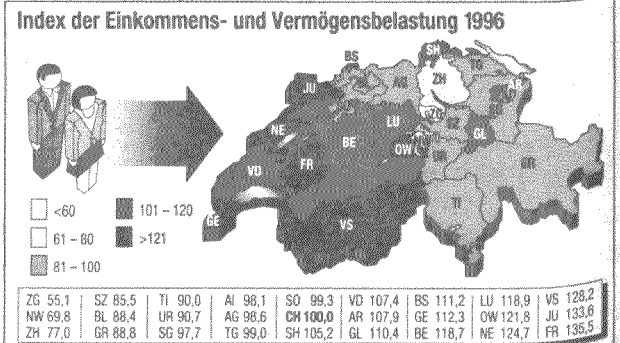
«... ich will weiterhin so politisieren, dass ich sicher wieder Anstosse erzeuge.» Eine vernünftige, sachorientierte Politik ist unter diesen Vorzeichen kaum zu erwarten.

## Nur geringe Verbesserungen

Wf. Der Kanton Appenzell Innerrhoden weist als einziger Kanton bei der Einkommens- und Vermögensbesteuerung natürlicher Personen eine leichte Entlastung aus. Dies erbrachte eine Verbesserung vom 17. (1994) auf den 10. Rang. Freiburg, Jura, Wallis und Neuenburg befinden sich konstant am Schluss der Rangfolge. Ebenso sicher halten sich Zug, Nidwalden, Zürich und Schwyz an der Spitze.

Zug und Nidwalden befinden auch bei der Besteuerung des Reingewinns und des Kapitals der Aktiengesellschaften in den ersten Rängen. Glarus besteuert seine Aktiengesellschaften weiterhin am stärksten. Dies entnimmt die Wirtschaftsförderung (Wf) Zahlen des Bundesamtes für Statistik. Die Rangverschiebungen sind in diesem Bereich geringfügig.

### Kanton Zug alleiniger Spitzenreiter



### IMPRESSUM

#### Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Neuen-gasse 20, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00, E-mail: gs@fdp-prd.ch

#### VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Guido Schommer (GUS). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

#### INSERATEN-VERWALTUNG:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

#### DRUCK:

NZZ-Druckzentrum, Schlieren  
 Einzelnummer Fr. 2.–  
 Jahresabonnement Fr. 20.–